

AK Tirol TIROLER ARBEITERZEITUNG

Österreichische Post AG | Postentgelt bar bezahlt | Verlagsort 6020 Innsbruck | RM 12A039146 K

ZEITUNG FÜR ARBEIT UND KONSUMENTENSCHUTZ | ARBEITERKAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE FÜR TIROL | 9. JG., SEPTEMBER 2017 | NR. 99

KOMMENTIERT

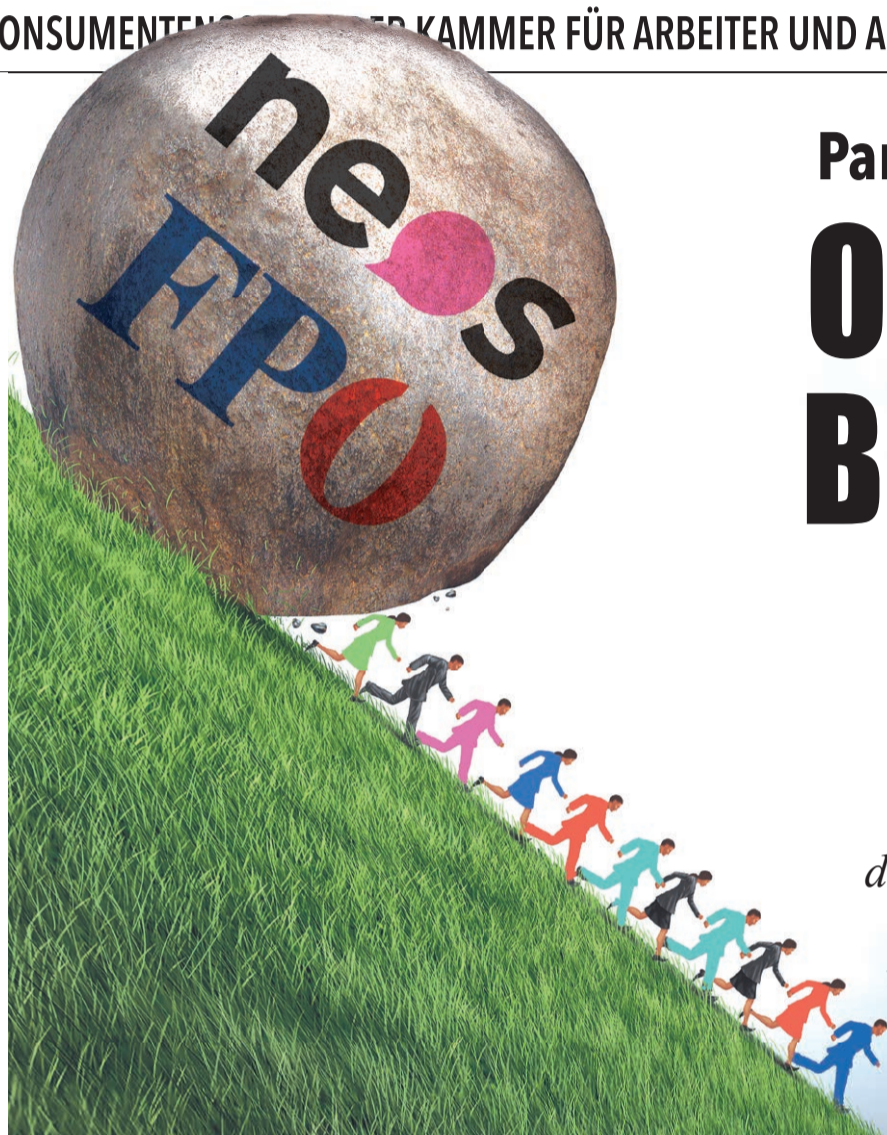
Halten die uns für ganz blöd?



Die Abschaffer der Pflichtmitgliedschaft bei den Kammern sind sehr aktiv unterwegs. Vor allem jetzt, in Wahlkampfzeiten. Und sie hoffen auf eine Regierungsbeteiligung, um den ihnen so verhassten sogenannten „Kammerzwang“ endlich abschaffen zu können. Zuerst sollen die Beiträge (diese betragen bei der AK Tirol durchschnittlich 7 Euro monatlich) reduziert werden, dann sollen die Kammern überhaupt weg. Vor allem die lästige Arbeiterkammer ist einigen Politikern ein Dorn im Auge: Sie wollen keine Vergleiche mehr zwischen ihnen und der Glaubwürdigkeit der AK.

Was bei einer Reduzierung des Angebotes und der Abschaffung aller Kammern jedoch gilt: Die Großen und Mächtigen werden sich mit ihren finanziellen Mitteln sofort zusammenschließen. Übrig bleiben werden die Kleinen und die Jungen. Das gilt für Landwirte und Selbständige ebenso wie für Ingenieure, Architekten, Anwälte und Ärzte. Und natürlich für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie brauchen für ihren Beruf, für ihr Leben, ganz besonders, eine starke, kritische und repräsentative Einrichtung. In dem Moment, in dem die AK nicht mehr alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertritt, gilt sie nicht mehr als repräsentativ! Dann ist ihre Wirkung dahin. Nicht umsonst sagt ein Abschaffungsvertreter auch: Dann sollen sich die Beschäftigten halt privat rechtsversichern! Wisst ihr schon, was das kostet? Wie schnell eine solche private Versicherung aussteigt? Und wie gut die Vertretung in einem komplizierten Arbeits- oder Sozialgerichtsprozess ist? Oder beim Konsumentenschutz oder Mietrecht? Die AK kann da nicht einfach aussteigen! Sie muss und wird bis zum Letzten kämpfen. Und sie wird – im Gegensatz zu den Privatisierten – ihre Erfahrungen auch in die Gesetze einbringen und Einfluss auf die Politik nehmen. Zum Vorteil der über 3,6 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Österreich. Dass dies einige Politiker nicht mögen – eh klar. Aber gerade von denen lassen wir uns die AK nicht wegnehmen. Blöd wären wir!

Dr. Lothar Müller,
Sozialethiker



Parteien wollen Kammern killen Ohne AK droht Beschäftigten der Crash!

Wahlkampf. Mit Vorschlaghammer und Bolzenschneider gehen die neos gegen die Arbeitnehmer und ihre Vertretung vor. Aber auch die FPÖ tritt gegen die AK und die Arbeitnehmer auf. Beide zeigen damit, was sie von den Rechten der Beschäftigten halten: nämlich nichts.

Es ist ein Bild mit Symbolcharakter: Mit Vorschlaghammer, Bolzenschneider und Kravatte ausgestattet, blicken die beiden neos-Nationalräte Sepp Schellhorn und Gerald Loacker grimmig in die Kamera. Denn sie bezeichnen sich als „Kammerjäger“ und ihre Botschaft ist unmissverständlich: Sie sehen sich geboren, um die Arbeiterkammern zu beschneiden*, und damit die Rechte von 3,6 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Österreich. Wäre das Thema nicht so ernst, könnte man über die Mini-Djangos lachen, die sich neben einer fragwürdigen Optik auch einer

* Siehe dazu Standard vom 10.8.2017

ungünstigen Sprache bedienen. Denn nicht nur die AK Funktionäre und Mitarbeiter sind für die pinken Kammerjäger Ungeziefer, das es auszumergen gilt, auch die Beschäftigten kommen – natürlich stillschweigend – unter den Hammer: Denn ohne AK gibt es keinen Schutz und keine Hilfe mehr für die Arbeitnehmer im Land. Die Unterstützung bei arbeits- und sozialrechtlichen Problemen würde entfallen, ebenso der Rechtsschutz bis hin zur Hilfe für in Not geratene Menschen (siehe auch Seite 2).

Argumente, wer dann bei Problemen am Arbeitsplatz bis hin zu Lohnverhandlungen eingreifen soll, bleiben die Nationalräte geflissentlich schuldig. Und Antworten braucht es

aus ihrer Sicht auch keine, denn die von der Industrie unterstützten Parteien möchten vor allem eines: die Wirtschaft entfesseln. Ein starker Arbeitnehmerschutz und ein Interessenausgleich stehen diesem Programm natürlich im Weg. Was folgt, ist flexibel zu arbeiten, wann immer und solange es nötig ist, eine Aushöhung des Kündigungsschutzes und ein Rückschritt in längst überwunden geglaubte Zeiten. Dabei ist der Plan einer entfesselten Wirtschaft auf dem Rücken der Arbeitnehmer eine Milchmädchenrechnung. Wäre dem so, hätten Länder, in denen die Beschäftigten weniger Schutz genießen, einen dauerhaften und ungeahnten Aufschwung zu verzeichnen.

In Wirklichkeit ist das Gegenteil der Fall: Beschäftigte sind der Willkür des „freien Marktes“ ausgeliefert und können oft von einem einzigen Einkommen nicht leben. Und die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert sich unaufhörlich. Dafür den sozialen Frieden und die Existenzen tausender Beschäftigter in Österreich auf das Spiel zu setzen, ist ein mehr als fragwürdiges politisches „Programm“.

Ohnehin sind die „liberalen“ Wirtschaftsprogramme zu großen Teilen Wählertäuschung. Denn gerade der „kleine Mann“, für den sich neos und auch FPÖ so vollmundig einsetzen, ist bei genauerer Betrachtung dieser Programme der große Verlierer.

Lesen Sie mehr auf den Seiten 2 und 3

WEITERBILDUNG

Am Abend zur Matura

Sie haben Ihre Schulausbildung irgendwann abgebrochen? Kein Problem, das Abendgymnasium in Innsbruck bietet individuelle Wege zur Reifeprüfung. Wenn Sie mind. 17 Jahre alt sind und einen Pflichtschulabschluss haben, schaffen Sie die Matura in durchschnittlich 4 Jahren, auch als Fernstudium und berufsbegleitend. Schulerfolge aus höheren Schulen werden angerechnet und können die Studienzeiten entsprechend verkürzen. Keine Privatschule, keine Studiengebühren!



Foto: iko/fotolia.com

Termine und Anmeldung

Weitere Infos in den Bezirkskammern zu folgenden Terminen, Anmeldung unter 0800/22 55 22 und der jeweiligen DW.
AK Schwaz: 4.10.2017 ab 19 Uhr, DW 3737
AK Landeck: 9.10.2017 ab 19 Uhr, DW 3450
AK Telfs: 17.10.2017 ab 19.30 Uhr, DW 3850
AK Kitzbühel: 24.10.2017 ab 19 Uhr, DW 3252
AK Imst: 30.10.2017 ab 19 Uhr, DW 3150
AK Kufstein: 7.11.2017 ab 19 Uhr, DW 3350

UNTERSTÜTZUNGSFONDS

Arbeiterkammer hilft in Notfällen

Immer öfter wenden sich Mitglieder nach persönlichen Schicksalsschlägen an den AK Unterstützungsfonds. Denn die AK Tirol steht den Arbeitnehmern und deren Familien auch in harten Zeiten zur Seite. Egal welches Problem, das Team vom AK Unterstützungsfonds weiß weiter.

Termine und Anmeldung

Im September und Oktober beraten die Experten in den Bezirken. Eine Anmeldung ist erforderlich unter 0800/22 55 22 und der jeweiligen DW.

AK Imst: Mo. 25. 9., 11 – 13 Uhr, DW 3150 | AK Landeck: Di. 26. 9., 11 – 13 Uhr, DW 3450 | AK Schwaz: Mi. 27. 9.,

11 – 13 Uhr, DW 3737 | AK Telfs: Do. 28. 9., 11 – 13 Uhr, DW 3850 | AK Lienz (dzt. im Volkshaus): Mo. 2. 10., 11 – 14 Uhr, DW 3550 | AK Reutte: Di. 3. 10., 11 – 14 Uhr, DW 3650 | AK Kufstein: Mi. 4. 10., 11 – 14 Uhr, DW 3350 | AK Kitzbühel: Do. 5. 10., 11 – 13 Uhr, DW 3252.

Das sollten Sie mitbringen

Alle erforderlichen Unterlagen zum Grund Ihres Ansuchens sowie Einkommensnachweise und Belege zu den monatlichen Fixkosten (in Kopie). Es gibt keine unmittelbare Auszahlung! Die Vergabekommission entscheidet wöchentlich. Bei Zahlungsfristen, wie z. B. Mietrückständen, unbedingt rechtzeitig tätig werden!

Wiederaufbau & Sozialstaat

Der Einsatz der AK für Österreichs Beschäftigte



- 1946** Arbeiterurlaubsgesetz: Anspruch auf 12 Tage nach 1 Dienstjahr, auf 18 Tage nach 5 Dienstjahren, auf 24 Tage nach 15 Dienstjahren
- 1947** Sozialversicherungs-, Kollektivvertrags-, Betriebsräte- und Arbeitsinspektionsgesetz
- 1948** Pension für Frauen, Witwenrente
- 1951** Mindestlohnstarife, Wohnungsbeihilfe zum Mietzins
- 1957** Mutterschutzgesetz: 6 Wochen Krankengeld für alle Mütter
- 1959** 45-Stunden-Woche für alle; Gründung des BFI
- 1960** Säuglings-, Geburtenbeihilfe und Karenzurlaubsgeld werden beschlossen und gelten ab 1961

Fotos (v. li.): Peter Gölts, National Archives, Kuco (5), Alpenbild (2)

Unsauber. Der Kampf von neos und FPÖ gegen die AK Mitgliedschaft für alle bzw. die Senkung der Beiträge zeigt, wie wenig es den Parteien um die Beschäftigten geht: 2016 betrugen die Solidarbeiträge 432 Millionen, gleichzeitig erkämpften die Arbeiterkammern 532 Millionen für die Erwerbstätigen. Um dieses Geld würden die Arbeitnehmer umfallen!

Ohne AK gibt es ...

- ... keinen Rechtsschutz und keine Hilfe bei allen Fragen des Arbeits- und Sozialrechts
- ... keine Rechtsberatung und keine Hilfe vor Gericht
- ... keine Unterstützung bei allen Fragen rund um Lehrlinge und Jugend, Pflege und Pensionen oder Kranken- und Arbeitslosengeld
- ... keine Beratung und keine Hilfe bei allen Konsumentenschutzfragen
- ... keine Beratung und keine Hilfe beim Wohn- und Mietrecht sowie in Steuer- und Wirtschaftsfragen
- ... keine Hilfe bei Problemen mit Betriebskostenabrechnungen oder dem Steuerausgleich
- ... keine Beratung zur Weiterbildung sowie keine Weiterbildungsbeihilfen
- ... keine starke Arbeitnehmervertretung, die gegen kalte Progression, Lohn- und Sozialdumping oder Ausweitung der Arbeitszeit kämpft
- ... keine Hilfe für in Not geratene Beschäftigte und deren Familien im Rahmen des Unterstützungsfonds
- ... keine Ausbildungsbeihilfen und Beratungen für Schüler, Lehrlinge und Studenten
- ... keine Ferienaktion für Kinder
- ... keine Gratis-Nachhilfe für Lehrlinge
- ... keine Jugendprojekte
- ... keine kostengünstigen Nachhilfekurse wie z. B. die Sommerschule

Ohne AK gibt es drei Millionen Verlierer!

Die Argumente, die gegen die AK vorgebracht werden, sind alt und mit Halb- bzw. Unwahrheiten gespickt: Wenn es darum geht, die Interessenvertretung der Arbeitnehmer schlecht zu machen, ist den Funktionären der „neoliberalen“ Parteien jedes Mittel recht. Nur ein Beispiel von vielen ist das jüngst vorgestellte Wirtschaftsprogramm der FPÖ: Das Titelbild zeigt einen hart arbeitenden Schweißler. Gerade um die Arbeiter bemühen sich Freiheitliche, aber auch neos derzeit besonders, geht es doch um Wählerstimmen. Wieviel Sorgen sie sich wirklich machen – nämlich keine – zeigt sich jedoch einige Kapitel später, wenn es um die Aushöhlung der Arbeitnehmerrechte geht. Da wird dem Hackler das Hackl ins Kreuz geworfen, und es wird ihm erklärt, er könnte sich durch die Abschaffung des Solidarbeitrags Unsummen an Geld sparen. In Wirklichkeit ist das Gegenteil der Fall, aber aussagekräftiges Zahlenmaterial ist nicht Bestandteil von Wahlprogrammen.

Die Tatsachen. Die Fakten, die auch Freiheitliche und neos berücksichtigen könnten, würde ihnen an den Beschäftigten etwas liegen, sehen jedoch anders aus: In Summe vertreten die Arbeiterkammern mehr als 3,6 Millionen Beschäftigte, im Schnitt bezahlt ein Mitglied im Monat lediglich 6,99 Euro. Rund 816.000 Mitglieder sind vom Beitrag befreit, weil sie auf Arbeitssuche sind, in Karenz, Lehrlinge sind oder unter der Geringfügigkeitsgrenze verdienen. Trotzdem erhalten sie die volle Leistung. Und was, wenn es jetzt zu Problemen am Arbeitsplatz kommt? Ein einfaches Verfahren vor dem Arbeitsgericht etwa kostet rund 3.800 Euro – das ist ungefähr die Summe, die ein AK Mitglied ein Arbeitsleben lang (!) als Solidarbeitrag leistet. Wer wird im Ernstfall ein Verfahren führen und wer für die Kosten aufkommen? Die neos? Die FPÖ? Mit Sicherheit nicht, obwohl sie mit Millionenbeiträgen der Steuerzahler, sprich Parteienförderung, unterstützt werden. Die



wichtigsten zwei Zahlen aber zum Schluss, denn sie zeigen, worum es bei der Diffamierung der Arbeiterkammern wirklich geht: 2016 betrugen die Solidarbeiträge der AK Mitglieder österreichweit **432 Millionen Euro**, erkämpft wurden jedoch **532 Millionen Euro** – Geld, das direkt und zur Gänze an die Mitglieder floss. Geld, das den Arbeitnehmern zusteht und um das sie ohne AK umgefallen wären. Wer also die Solidarbeiträge kürzen oder abschaffen will, soll sagen, dass es ihm vor allem um eines geht: um die 532 Millionen Euro, die den Beschäftigten zustehen. Hier will man in Wirklichkeit den Rotstift ansetzen. Die mehr als 3,6 Millionen Arbeitnehmer in Österreich wären damit doppelt Verlierer: Sie würden nicht nur ihre Rechte und ihren Schutz einbüßen, sondern würden durch diese neoliberalen Experimente auch um viel Geld umfallen. Und das ist die ganze Wahrheit, die in keinem dieser Wahlprogramme aufscheint.

DIE TIROLER AK IM SPIEGEL DER GESCHICHTE

1921

1872

Memorandum der Wiener Arbeiter
Die Forderung nach Errichtung von Arbeiterkammern wird zum ersten Mal 1872 in ein Memorandum der Wiener Arbeiter gekleidet, welches dem Ministerium des Inneren und dem Reichsrat überreicht wird.

1920

Arbeiterkammergesetz
Nachdem am 26. Februar 1920 das „Gesetz über die Errichtung von Kammern für Arbeiter und Angestellte (Arbeiterkammer) von der konstituierenden Nationalversammlung beschlossen wurde, nimmt am 1. Mai 1921 auch in Tirol die Arbeiterkam-

mer ihre Tätigkeit auf. Zu diesem Zweck wurden Räumlichkeiten in der Hofburg Innsbruck angemietet.

1921

Erste Wahl für die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol 16. und 17.4.1921: Die erste Wahl für Tirol wird durchgeführt, bei der die Mandate von 50 Kammerräten zu vergeben sind.
1.5.1921: AK Tirol beginnt ihre Tätigkeit in der Hofburg in Innsbruck.
16. 6.1921: Konstituierende Vollversammlung unter Präsident Wilhelm Scheibin.

Schon in der ersten Funktionsperiode baut die AK die Betreuung ihrer Mitglieder aus und errichtet Amtsstellen

1930

in Kufstein, Kitzbühel, Landeck und Lienz. Außerdem schenkt die Kammer dem Lehrlingswesen besondere Aufmerksamkeit und richtet eine eigene Lehrlingsschutzstelle ein.

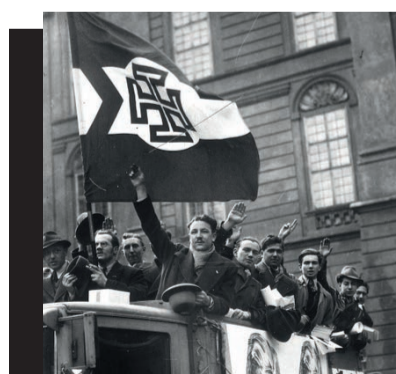
1929

Erster Lehrgang einer „Betriebsräteschule“
Fünftägige Betriebsräteschule zu Arbeitsrecht, Volkswirtschaft und Gewerkschaftskunde.

1930

Ankauf und Umbau des ehemaligen Nationalbankgebäudes in Innsbruck, Maximilianstraße 7.
Das Gebäude wird 1932 eröffnet.

1933

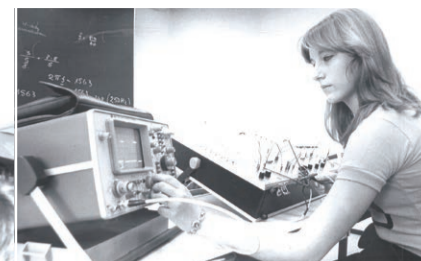


Verwaltungskommissionen
1933/34 bringt das Ende für die von den Arbeitnehmern frei gewählten Organe der Kammer. An ihre Stelle treten durch Verordnung der Bundesregierung Verwaltungskommissionen. Im autoritären Ständestaat werden die Kammern vollkommen ausgeschaltet.

1938-45



Arbeiterkammern werden aufgelöst
Nach der Besetzung Österreichs werden die Arbeiterkammern und der Gewerkschaftsbund auf Anordnung des „Stillhaltekommissars für Vereine, Organisationen und Verbände“ am 10. Juni 1938 aufgelöst, ihr Besitz wird konfisziert und der „Deutschen Arbeitsfront“ übertra-



1965 Verlängerung des Mindesturlaubs durch General-KV auf drei Wochen

1970 43-Stunden-Woche wird eingeführt

1971 Schülerbeihilfengesetz tritt in Kraft

1974 Entgeltfortzahlungsgesetz: Lohnfortzahlung bei Krankheit oder Unfall

1976 Pflegefreistellungsgesetz

1977 Der Anspruch auf bezahlten Mindesturlaub beträgt 4 Wochen und erhöht sich nach 20 Dienstjahren auf 5 Wochen, Insolvenzschutz

1979 Gleichstellung der Arbeiterinnen und Arbeiter mit den Angestellten bei der Abfertigung; Konsumentenschutzgesetz, Gleichbehandlungsgesetz

In der nächsten Ausgabe: 1980 bis 2017

Zangerl: Wehret den Anfängen!

Im Gespräch. Der Wahltag darf für die Arbeitnehmer nicht zum Zahltag werden. Deshalb sollte jedes AK Mitglied mit Bedacht seine Stimme am 15. Oktober abgeben, sagt der AK Präsident.



TAZ: Herr Präsident, worum geht es für die Arbeitnehmer-Familien wirklich bei den Nationalratswahlen am 15. Oktober?

Zangerl: Es geht um eine gute Zukunft für unser Heimatland, aber es geht auch um das sichere Auskommen für unsere Arbeitnehmer-Familien. Sie haben es nicht verdient, zum Spielball einzelner Parteien zu werden. Vergessen wir eines nicht: Die Beschäftigten sind die Leistungsträger. Nur durch ihren vorbildlichen Einsatz ist unser Land auf der Überholspur. Das wollen manche neoliberalen Kreise nicht gerne hören. Die Konjunktur ist angesprungen, wir haben ein stabiles Wirtschaftswach-

tum und steigende Beschäftigungszahlen. Und warum? Weil AK und Gewerkschaften der Regierung vor eineinhalb Jahren die größte Lohnsteuerreform abgerungen haben. Die Menschen haben wieder mehr Geld verfügbar. Geld, das wiederum der heimischen Wirtschaft direkt zugutekommt und positive Impulse auslöst.

„Aus der Geschichte lernen: Die AK wurde schon einmal politisch verfolgt und ab 1938 sogar aufgelöst!“

Erwin Zangerl, AK Präsident

TAZ: Wird dieser Aufschwung schamhaft verschwiegen?

Zangerl: Selbst, wenn jetzt viel von Veränderung und von neuen Gesichtern die Rede ist: Die Leistungen der jetzigen Regierung können nicht so schlecht gewesen sein, angesichts dieser guten Wirtschafts- und Beschäftigungszahlen. Ein Sprichwort lautet: Es kommt selten etwas Besseres nach.

TAZ: FPÖ und neos wollen die Kraft und Stärke der Arbeiterkammer in ihrem Einsatz für die Beschäftigten massiv schwächen. Welche Absicht steckt dahinter?

Zangerl: Wir sind einigen Parteien und Lobbys aus Industrie und

Großkapital ein Dorn im Auge, weil wir uns für die Anliegen und die Interessen der Beschäftigten einsetzen und das mit voller Kraft. Die Menschen wissen, was sie an der AK und den Sozialpartnern haben. Nicht umsonst verfügt die AK über die höchsten Vertrauenswerte – im Gegensatz zu den Parteien. Wer kümmert sich um die Sorgen der Menschen? Nicht die Parteien – sondern die Arbeiterkammer! Wer die AK schlechtmachen will, ist kein Freund der Arbeitnehmer und schadet sich nur selbst. Neid war immer schon ein schlechter Ratgeber.

TAZ: Die AK und die Arbeitnehmer mussten in ihrer Geschichte schon manch dunkle Jahre erleben. Befürchten Sie, dass sich die Dinge wiederholen?

Zangerl: Wehret den Anfängen! Wir müssen aus der Geschichte lernen und radikalen Vorschlägen entschieden entgegentreten. Die AK ist schon einmal politisch verfolgt worden, im Jahr 1934, und wurde ab 1938 sogar aufgelöst. Das waren die dunkelsten Stunden in unserem Land. Das sollten wir nie vergessen. Die zweite Republik hat den Menschen Wohlstand und Sicherheit gebracht. Solidarität und Zusammenhalt sind der Kitt unserer Gesellschaft. Die derzeitigen Tendenzen lassen das Gegenteil befürchten. FPÖ und neos wollen die solidarische Gemeinschaft der Arbeitnehmer in der AK beenden. Wer den AK Solidarbeitrag kürzen

oder die Mitgliedschaft für alle abschaffen will, soll ehrlicherweise dazu sagen, dass er die demokratischen Rechte der Arbeitnehmer beschneiden will. Die AK finanziert sich allein aus den Beiträgen ihrer Mitglieder, sie arbeitet sparsam, effizient und bringt mehr als sie kostet.

TAZ: Wie sieht die Förderung für die Parteien aus?

„Wer kümmert sich wirklich um die Sorgen der Menschen? Nicht die Parteien – sondern die Arbeiterkammer!“

Erwin Zangerl, AK Präsident

Zangerl: Bei der Parteienförderung handelt es sich um Pflichtbeiträge der Steuerzahler! Die Parteien erhalten pro Jahr 209 Millionen Euro aus Steuermitteln! Das ergibt während einer Regierungsperiode die Summe von einer Milliarde Euro. Ich wüsste dafür keine vergleichbare Leistung der Parteien für die Bürger wie jene der AK für ihre Mitglieder.

TAZ: Wieviel Steuermillionen bekommen die einzelnen Parteien?

Zangerl: Laut APA entfallen 57,4 Mio. auf die ÖVP, 55,2 Mio. auf die SPÖ, 43,6 Mio. auf die FPÖ, 25,2 Mio. auf die Grünen und 8,3 Mio. Euro auf die neos.

1938-45 → 1946 → 1954 → 1996 → 2017



gen. Die Mitarbeiter werden ohne Anspruch auf Pension entlassen. Das Kammergebäude wird von der Kreisleitung der NSDAP besetzt. Nach dem Ende des 2. Weltkriegs wird das Kammergebäude unter der Führung von Ernst Müller und Franz Hüttenberger sichergestellt.

1945

16.7.1945: Mit Beschluss der Landesregierung wird die Wiedererrichtung der Kammern ermöglicht.

13.8.1945: Mit dem Arbeiterkammergesetz wird die rechtliche Grundlage für die Wiedererrichtung der Kammern geschaffen. Das Gesetz gilt vorerst nur für den Einflussbereich der Sowjetzone. Daher gibt es im August nur konstituierende Vollversammlungen in Wien, Niederösterreich und im Burgenland. Außerhalb der Sowjetzone kann nur in Tirol die AK bereits im Oktober 1945 mit ihrer Tätigkeit beginnen. Ab 31.12.1945 gilt das AK Gesetz nach Zustimmung des Alliierten Rates für alle Bundesländer. Bereits ab Ende 1945 gibt es Schulungen für Betriebsräte.

1946

Unter dem Namen Berufsförderungsinstitut (BFI Tirol) werden Kurse für Heimkehrer und Arbeitslose angeboten. Bereits in der ersten Nachkriegsperiode ist die AK Tirol in allen Bezirken mit Amtsstellen vertreten.

1954

Arbeiterkammergesetz 1954
Ministerien und Ämter müssen Gesetzesentwürfe und Verordnungen an die Arbeiterkammern übermitteln. „Amtlicher“ Charakter der AK wird betont. Den Arbeiterkammern gehören alle Dienstnehmer an. Neue Services: Wohnungsdarlehen und Konsumentenberatung.

1982

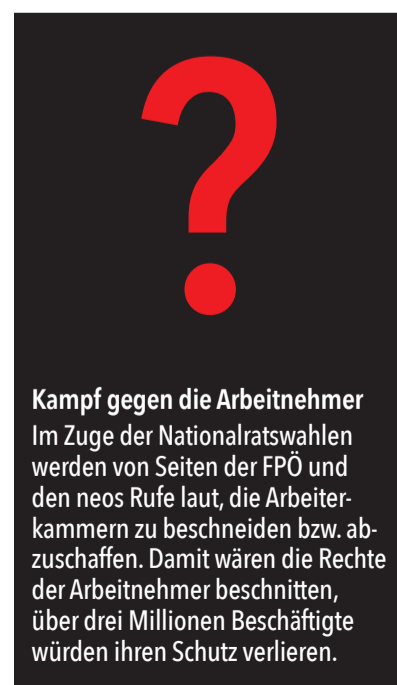
Zu den gesetzlich festgelegten Aufgaben der AK kommt der Konsumentenschutz neu dazu.

1992

Neu: Rechtsberatung und kostenloser Rechtsschutz in Arbeits- und Sozialrechtsangelegenheiten. Auf Druck der AK Tirol: Fahrtenbeihilfe für Lehrlinge.

1996

Die AK Mitgliederbefragung bringt ein eindeutiges Ergebnis: Mehr als 90 % der Beschäftigten sprechen sich für den Weiterbestand der AK aus.



Kampf gegen die Arbeitnehmer
Im Zuge der Nationalratswahlen werden von Seiten der FPÖ und den neos Rufe laut, die Arbeiterkammern zu beschneiden bzw. abzuschaffen. Damit wären die Rechte der Arbeitnehmer beschneiden, über drei Millionen Beschäftigte würden ihren Schutz verlieren.



Teilzeitarbeit ist größtenteils weiblich. Dabei kommt es immer wieder zu Problemen und zahlreichen Anfragen.

AKUT TEILZEITARBEIT

Halber Lohn = halbe Pension

Lange Teilzeitarbeit wirkt sich negativ auf die Höhe der Pension aus. Das trifft vor allem auf Mütter zu, die wegen der Kinderbetreuung oft nicht Vollzeit arbeiten können. Die Pension ist das Spiegelbild des Erwerbslebens: Niedriges Einkommen, berufliche Unterbrechung und Teilzeit sind der Hauptgrund, dass die Pensionen der Frauen deutlich niedriger sind als jene der Männer.

Mehr als jede zweite berufstätige Frau in Tirol arbeitet Teilzeit (53 %), Tendenz steigend. Der spätere Umstieg auf Vollzeit ist auch deswegen oft schwer, weil die notwendigen Betreuungseinrichtungen samt geeigneter Öffnungszeiten fehlen. Was lange Teilzeitarbeit für Frauen bedeuten kann, illustriert der Berufsverlauf zweier Verkäuferinnen mit gleichem Einstiegsgehalt. Das Beispiel zeigt, wie sich unterschiedliche Wiedereinstiegsmodelle auf die spätere Pension auswirken. Während die eine, Eva, nach den beiden Kindern mit Unterstützung ihres Mannes früher wieder einsteigt und zwar gleich in Vollzeitarbeit, bleibt die zweite Mutter, Maria, länger bei den Kindern zu Hause, arbeitet danach 18 Jahre Teilzeit und wechselt später in Vollzeit. Eva, die früher wieder voll eingestiegen ist, geht mit 60 Jahren in Pension und bekommt nach den heute geltenden Regeln 1.370 Euro Pension. Maria hingegen, die länger bei den Kindern geblieben ist und lange Teilzeit gearbeitet hat – bekommt am Berufsende 890 Euro Pension. Die

Faustregel „Halber Lohn heißt halbe Pension“ ist also nicht ganz von der Hand zu weisen.



Foto: DORockstar/Fotolia.com

Frauen in der Teilzeitfalle

Benachteiligt. Teilzeitarbeit mag zwar in manchen Lebenslagen für Frauen die richtige Wahl sein. Doch diese Arbeitsform bringt auf Dauer keine eigenständige Absicherung.

Hierzulande ist und bleibt Teilzeit ein weibliches Phänomen. Mehr als jede zweite berufstätige Frau in Tirol arbeitet Teilzeit! Tendenz steigend (siehe Fakten unten).

Während Teilzeitarbeit in einigen Lebenssituationen die richtige Wahl sein kann, ist sie nicht immer freiwillig. Frauen müssen oft dazu verdienen, weil jeder Euro zählt, angesichts niedriger Löhne und hoher Lebenshaltungs- und Wohnkosten. Andererseits können sie Familie und Beruf nur mit Teilzeitbeschäftigung bewältigen, weil es an Betreuungseinrichtungen samt geeigneter Öffnungszeiten mangelt, vor allem im ländlichen Raum. Aber Teilzeitarbeit hat massive Auswir-

kungen nicht nur auf Karriere- und Berufschancen. Teilzeitarbeit bietet außerdem nicht das Einkommensniveau einer Vollzeitarbeit. Ganz abgesehen davon, dass finanzielle Selbständigkeit nur mit einer einzelnen Teilzeitarbeit angesichts des Preisniveaus in Tirol so gut wie unmöglich ist.

Aber vor allem heißt halber Lohn auch halbe Pension (siehe rechts). Eine Tatsache, die Frauen im Alter schmerzlich zu spüren bekommen können.

Das gilt rechtlich. Nichts desto trotz bleibt vielen nur diese Arbeitsform, um etwas dazu zu verdienen. Da heißt es auf jeden Fall, alle rechtlichen Bestimmungen zu kennen.

• Teilzeitarbeit liegt vor, wenn die vereinbarte Wochenarbeitszeit die gesetzliche (40 Wochenstunden) oder eine kollektivvertraglich verkürzte Normalarbeitszeit (z. B. im Handel 38,5 Stunden) unterschreitet. Ausmaß, Lage und Änderung dieser Arbeitszeit sind zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu vereinbaren.

• Teilzeitbeschäftigte sind zur Mehrarbeit nur dann verpflichtet, wenn keine berücksichtigungswürdigen Interessen der Mehrarbeit entgegenstehen (z. B. Kinderbetreuungspflichten). Bei teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmern ist bei der Berechnung der Sonderzahlungen (Urlaubs- und Weihnachts-

geld) die regelmäßig geleistete Mehrarbeit zu berücksichtigen. Keine Einrechnung der Mehrarbeit in Sonderzahlungen erfolgt, wenn für die Mehrarbeit Zeitausgleich vereinbart wurde.

• Teilzeitbeschäftigte dürfen wegen der Teilzeitarbeit gegenüber vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern nicht benachteiligt werden.

Das Wichtigste zu Mehrarbeit, Überstundenarbeit und Entlohnung sowie zu Zeitausgleich steht in der AK Broschüre „Teilzeitarbeit“, kostenlos anzufordern unter 0800/22 55 22 – 1432 oder auf www.ak-tirol.com

FORDERUNG

Mehr Zuschlag bei Mehrarbeit



Foto: Stefan Rajendral/Fotolia.com

Bei Teilzeit wird Mehrarbeit nach speziellen Regeln abgerechnet. Der sogenannte Mehrarbeitszuschlag wird zwischen der vereinbarten und der Normalarbeitszeit (40 Wochenstunden bzw. z. B. im Handel 38,5 Stunden) nur mit 25 Prozent abgegolten. Diesen Zuschlag gibt es aber nur, wenn die Mehrarbeit nicht innerhalb von drei Monaten durch Zeitausgleich abgegolten wurde. Überstundenzuschläge bei Vollzeitarbeit werden hingegen mit mindestens 50 Prozent abgegolten. Diese Benachteiligung gehört beseitigt. Die AK Tirol verlangt die Angleichung des Mehrarbeitszuschlags auf den Überstundenzuschlag.

Die Hälfte arbeitet atypisch

Daten & Fakten. 84.300 Frauen in Tirol arbeiten Teilzeit - mehr als jede zweite Berufstätige! Vollzeitbeschäftigte Tirolerinnen gibt es lediglich 73.400.

Für alle unselbständig Beschäftigten in Tirol betrug die Teilzeitquote im Jahr 2016 30,7 %. Insgesamt gingen etwa 100.000 Beschäftigte einer Teilzeitarbeit nach. Der weit überwiegende Teil davon – etwa 84.300 Personen – waren Frauen.

Die Teilzeitquote der Frauen machte 53,5 % aus, während die der Männer lediglich 9,3 % betrug. In absoluten Zahlen: In Vollzeit arbeiten 152.200 Männer, in Teilzeit hingegen nur 15.700 – zweifellos ein gravierender Unterschied.

65 Prozent der gesamten Tiroler Beschäftigungszunahme seit 2011 gehen auf das Konto weiblicher Teilzeitarbeit.

Ähnliche Arbeitszeiten. Ein detaillierter Blick in die Daten relativiert diese Zahlen. Denn die tat-

sächlich geleisteten wöchentlichen Arbeitsstunden von Männern und Frauen, weichen nicht so sehr voneinander ab, wie das die höchst unterschiedliche Teilzeitquote suggerieren könnte.

MÄNNER. Tiroler Männer leisteten laut Mikrozensus im Jahr 2016 durchschnittlich 34,2 Arbeitsstunden pro Woche. Männer mit einer Vollzeittätigkeit kamen auf 36 Stunden, Männer mit Teilzeitarbeit auf 17,1 Stunden.

FRAUEN. Die Frauen in Tirol leisteten im Durchschnitt 25,7 Arbeitsstunden pro Woche – nur rund ein Viertel weniger (8,5 Stunden) als die Männer. Bei Vollzeitarbeit kamen die Frauen auf 35 tatsäch-

lich geleistete Arbeitsstunden und lagen damit beinahe gleichauf mit den Männern. Bei Teilzeitarbeit lagen die Frauen mit 17,7 Stunden, sogar etwas über der Stundenleistung der Männer.



Lohn. In der Zusammenschau bedeutet dies, dass die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen – die Männereinkommen übertrafen diejenigen der Frauen um 56 % – zwar zum Teil durch den Faktor Arbeitszeit erklärt werden können, dies als vollständige Erklärung jedoch sicher nicht ausreicht. Ganz offensichtlich bestimmen die unterschiedlichen beruflichen Positionen von Männern und Frauen und die Verteilung über die verschiedenen Branchen mindestens ebenso wesentlich über die Einkommenschancen. Noch ein wichtiger Faktor: Mehrarbeit in der Teilzeit wird ungerecht und niedriger entlohnt als Überstunden in der Vollzeit (siehe links).

FACTS REISEMÄNGEL

Ihr gutes Recht im Urlaub

Leider hinterlässt so manche Urlaubsreise einen schalen Nachgeschmack. Hier die wichtigsten Tipps fürs erfolgreiche Reklamieren.

- **Gewährleistung:** Waren Hotel, Pool, Strand etc. nicht so wie versprochen, haben Sie Anspruch auf Gewährleistung. Der Reiseveranstalter muss für die im Katalog oder Prospekt zugesagten Leistungen einstehen.
- **Ansprüche sichern:** Machen Sie nach der Rückkehr Ihre Ansprüche sofort mit einem eingeschriebenen Brief geltend. Beschreiben Sie die Mängel und fordern Sie angemessene Preisminderung.
- **Frankfurter Tabelle:** Dies ist eine von der Rechtsprechung anerkannte Orientierungsquelle bei Pauschalreisen für Ihre Ansprüche auf Preisminderung. Darin finden sich die häufigsten Reismängel und die dazugehörigen „Abschläge“ – sie ist nicht verbindlich.
- **Bares ist Wahres:** Lassen Sie sich nicht mit Gutscheinen abwickeln. Eine Preisminderung ist in bar zu gewähren.
- **Schadenersatz:** Für entgangene Urlaubsfreuden ist Schadenersatz möglich. Voraussetzung: zumindest erhebliche vom Reiseveranstalter verschuldete Mängel.
- **Beweise:** Es gilt, Mängel immer zu dokumentieren, etwa mit einer schriftlichen Bestätigung der Beschwerde, mit Fotos, Videos, Zeugen etc.
- **Flugverspätung:** Entfernungsabhängig besteht bei Abflugverspätungen ab zwei, drei bzw. vier Stunden Anspruch auf Mahlzeiten, Erfrischungen und wenn nötig auf ein Hotel. Bei einer Ankunftsverspätung von drei oder mehr Stunden steht unter bestimmten Bedingungen auch eine Entschädigung zu.
- **Unruhen & Co:** Wenn unvorhersehbare Ereignisse nach Vertragsabschluss passieren und eine Reise unmöglich oder unzumutbar wird, können Sie kostenfrei umbuchen oder stornieren. Die Voraussetzungen sind bei einer offiziellen Reisewarnung jedenfalls erfüllt, aber allenfalls auch schon, wenn aus seriösen Medienberichten eine Gefahr geschlossen werden kann. Am besten, Sie kontaktieren Ihren Reiseveranstalter.

Musterbrief, Frankfurter Tabelle und weitere Tipps gibt es auf www.ak-tirol.com

AK Erfolg: Volle Entschädigung

Gute Nachrichten für ein Ehepaar, das seinen einwöchigen Urlaub enttäuscht abgebrochen hatte! Statt des Doppelzimmers mit Balkon hätten die Tiroler mit einem ebenerdigen Zimmer vorliebnehmen sollen. Zudem war die Terrasse mit Insekten übersät und ein Lüften nachts erschien ihnen im Parterre zu unsicher. Doch sie verlangten vergeblich Verbesserung. Nach einer Nacht, die sie in Absprache mit dem Reisebüro in einem anderen Hotel verbrachten, fuhren sie heim. Die Intervention der AK Experten brachte ein tolles Ergebnis: Das Paar erhielt jetzt die vollen Reisekosten zurück.



Foto: ALDECAstudio/Fotolia.com

Merkblatt für Maturareisen

Alljährlich ziehen Werber durch die Maturaklassen, um die Schülerinnen und Schüler für Maturareisen zu begeistern und sie zum Buchen zu überreden. Aber Achtung: Auch im heurigen Sommer gabs für viele Teilnehmer statt Party, Club und Chillen unangenehme Überraschungen (siehe Beitrag unten). Tipp der AK Experten: Nie voreilig eine Unterschrift unter solche Verträge setzen. Informiert euch vorher unbedingt über eure Rechte und Pflichten! Alles Wichtige findet ihr im Merkblatt „Vorsicht Fallen bei Maturareisen“. Es steht als Download auf www.ak-tirol.com bereit.



Foto: Thaid Images/Fotolia.com

Viel Ärger mit Maturareisen

AK informiert und hilft. Trotz stolzer Preise warten auf Maturareisen oft Enttäuschungen. Doch die Experten der Arbeiterkammer erzielten bereits in vielen Fällen eine Preisminderung.

Regelmäßig im Herbst bewerben Veranstalter an den Schulen mit Party, Strand und Stars ihre Maturareisen. Bei Kosten von rund 1.100 bis 1.200 Euro pro Person ein teurer Spaß. Dass den Jugendlichen oft dafür das Blaue vom Himmel versprochen wurde, merken sie meist zu spät. So erging es auch heuer wieder vielen Tirolern.

Obwohl für sie z. B. ein Abflug ab Innsbruck entscheidend für die Buchung war, ging es nicht etwa mit dem versprochenen „Partyflieger“ von Tirol nach Palermo, sondern mit einem Bus nach Verona und von dort aus im Flieger nach Sizilien und wieder zurück. Recherchen der Schüler ergaben sogar, dass am Flughafen Innsbruck zu keinem Zeitpunkt ein Flug angemeldet war!

Andere wurden auf einen Hinflug ab Salzburg und einen Rückflug nach München „umgebucht“, mehrstündige Transfers inklusive. Als aber der Flieger wegen Verspätung in Salzburg nicht mehr starten konnte, wurden sie nachts nach Linz gebracht, weil in Salzburg angeblich keine Unterkunft frei war. Das Hotel war erst für 6 Uhr morgens organisiert! Drei Stunden später erfuhren sie, dass der Flug gegen 13 Uhr in Linz startet. Mit einem Tag Verspätung erreichten sie ihr Ziel.



Foto: wally_melike/fotolia.com

Vorsicht Maturareise! Unter der Oberfläche lauern oft Abzocke und Enttäuschung.

Dort mussten mehrere Gruppen statt des gebuchten 4-Sterne-Areals eine 3-Sterne-Unterkunft beziehen. Sie berichteten von teils desolaten Anlagen. Das Party-Areal war 10 Minuten zu Fuß entfernt. Und weil auch die Verpflegung enttäuschte, ließen sie sich auf eigene Kosten Pizza liefern.

AK Erfolg. Vergeblich hatten die Tiroler vor Ort reklamiert. Also machte die AK Tirol ihre Ansprüche geltend. „Aufgrund der Schilderungen stehen Preisminderung und Schadenersatz zu. Die Frankfurter Tabelle bietet eine Orientierungshilfe“, so die AK Expertise (Näheres zur Frankfurter Tabelle siehe links).

Bei Flugproblemen können zudem Ansprüche gemäß der EU Fluggastverordnung (EG) 261/2004 geltend gemacht werden.

In einigen Fällen bot der Veranstalter bereits mehrere hundert Euro Preisminderungen an, mit der die Teilnehmer einverstanden sind. Für eine Gruppe ist ein Gerichtsverfahren anhängig. Die AK Tirol wird weitere Klagen prüfen, falls es zu keiner zufriedenstellenden Lösung kommt.

AK TIPP: Vor der Unterschrift AK Merkblatt lesen (siehe oben)! Die AK Experten helfen Betroffenen unter 0800/22 55 22 – 1818.

MIT DER AZ GEWINNEN

Mitmachen & gewinnen. So gewinnen Sie je zwei Plätze in der AK Oktoberfestloge: Schicken Sie ein eMail (plus Name, Adresse und Telefonnummer!) mit dem gewünschten Tag an ak@tirol.com Stichwort „Mitfeiern“ oder ein Fax an 0512/5340 – 1290 bzw. eine Karte an AK Tirol, 6020 Innsbruck, Maximilianstraße 7. Die Gewinner erhalten 2 Eintrittskarten für die Messe und 2 Eintrittsbänder für die Loge per Post. Bitte beachten: Das Eintrittsband für die Loge im Oktoberfestzelt gilt nur für den jeweils ausgewiesenen Tag bis 18 Uhr! Mehr unter tirol.orf.at

Einsendeschluss: 20.9.2017

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen, keine Barablässe möglich.

ORF-RADIO-TIROL-OKTOBERFESTZELT

Stars und Hits bei der Herbstmesse

Eine Unmenge an Stars wird auch heuer wieder das ORF-Radio-Tirol-Oktoberfestzelt aus allen Nähten platzen lassen: Nationale und internationale Schlager- und Volksmusikliebhaber kommen vom 4. bis 8. Oktober nach Innsbruck, um auf der Herbstmesse die Festzelt-Bühne so richtig zu rocken. Und mit ein bisschen Glück (siehe Mitmachen & gewinnen) können Sie die Stars hautnah erleben, denn für Leserinnen und Leser der Tiroler Arbeiterzeitung gibt es auch heuer wieder eine eigene Loge! Und das sind die Interpreten, die Ihre Laune täglich zwischen 11 und 18 Uhr (Mi. ab 14 Uhr!) heben werden: Die jungen Zillertaler, Petra Frey, Marina & the Kats, Spider Murphy Gang

(4.10.); D’Hueber Böhmisches, Melissa Naschenweng, Meissnitzer Band, Nik P. (5.10.); Die Kitzböhmischen, Die jungen Thierseer, Sepp Mattlschweiger’s Quintett Juchee, Silvio Samoni, Hannah (kl. Bild) (6.10.); Musikverein Graden, Melanie Payer, Egemann, Brunner & Stelzer und Publikumsliebhaber Gilbert (7.10.).

Am Sonntag, dem 8.10., steigt der große Radio-Tirol-Frühshoppen mit Moderator Harry Prünster, Alpenbrass Tirol, Mario und Christoph und Die Goldrieder. Im Anschluss treten noch einmal die Goldrieder auf, Insieme, Mario und Christoph sowie Die Trenkwaldler. Als Abschluss der fulminanten Star-Woche werden um 17 Uhr die Austropopper von Folkshilfe ihre Hits zum Besten geben.

Für die Leser der Tiroler Arbeiterzeitung werden pro Tag attraktive Logenplätze verlost. Versuchen Sie Ihr Glück und gewinnen Sie jeweils zwei Plätze in der Festzeltloge. Auch für das leibliche Wohl ist gesorgt: Es gibt Getränke und ein Essen!



PARAGRAPHENDSCHUNDEL Fallen für Mieter und Vermieter

Das Mietrecht ist ein äußerst undurchsichtiger Paragraphenschundel. Worauf zu achten ist und wie Sie möglichen Schwierigkeiten rechtzeitig gegensteuern können, erfahren Sie beim kostenlosen Infoabend „Fallen für Mieter und Vermieter“ am Dienstag, 26. September, um 19 Uhr im Volkshaus Lienz, Beda-Weber-Gasse 20. Die AK Wohnrechtsexpertin gibt Antworten auf häufige Fragen wie: Wann gilt das Mietrechtsgesetz? Wie schauts aus mit Kündigung, Kautions- oder Ausmalen? Was sind Betriebskosten? Wer bezahlt die Reparaturen und was tun bei Schimmel in der Wohnung? Eine Anmeldung ist erforderlich unter 0800/22 55 22 - 3550 oder lienz@ak-tirol.com

Wenn der Staat in die Taschen

Extreme Belastung. Egal, ob Lohnsteuerabgaben oder Sozialversicherungsbeiträge – die Summen, die Herr und Frau nun erstmals, wie sich Einkommen und einkommensbezogene Abgaben in den letzten zwanzig Jahren entwickelt haben

Absolute Entwicklung der Einkommen und einkommensbezogenen Abgaben

ÖSTERREICH

	Gesamt				pro Person			
	Bruttobezüge	SV	LSt.	Personen	Brutto	Netto	SV	LSt.
1996	98.061.317.427	12.019.190.568	12.229.257.624	5.118.504	19.158	14.421	2.348	2.389
2000	112.540.238.049	13.753.265.859	15.198.923.515	5.382.053	20.910	15.531	2.555	2.824
2005	126.809.508.109	16.347.106.231	17.611.490.393	5.585.534	22.703	16.623	2.927	3.153
2010	153.230.602.121	19.370.412.243	21.477.206.024	5.985.726	25.599	18.775	3.236	3.588
2014	174.566.337.889	22.212.237.338	26.693.507.334	6.315.625	27.640	19.897	3.517	4.227

TIROL

	Gesamt				pro Person			
	Bruttobezüge	SV	LSt.	Personen	Brutto	Netto	SV	LSt.
1996	7.167.696.162	930.932.962	846.471.731	406.347	17.639	13.265	2.291	2.083
2000	8.325.755.203	1.083.464.582	1.057.337.088	433.962	19.185	14.252	2.497	2.436
2005	9.670.659.019	1.313.216.944	1.250.440.951	461.251	20.966	15.408	2.847	2.711
2010	11.912.822.636	1.576.154.947	1.551.832.522	505.285	23.576	17.386	3.119	3.071
2014	13.883.665.779	1.845.209.804	1.986.382.783	545.759	25.439	18.419	3.381	3.640

Bemerkenswerte Zuwachsraten. Im 18-Jahres-Vergleich stiegen die Bruttobezüge von 1996 bis 2014 österreichweit um 78 %, während etwa die Lohnsteuereinnahmen im gleichen Zeitraum um 118 % in die Höhe schossen. Auf Tirol bezogen stiegen die Bruttobezüge um 98 %, die Lohnsteuer zog um 134 % an. In Tirol gingen alle Größen im Vergleich zu Gesamtösterreich etwas stärker nach oben, wobei der Anstieg der Einkommensbezieher in Tirol (+39 %) stärker ausgeprägt ist, als in Gesamtösterreich (+23 %). Auch die Einkommensschere lässt sich aus den absoluten Zahlen ablesen: Tirol hinkt hinter Gesamtösterreich hinterher.

Österreich hat vieles, jedoch kein Einnahmenproblem – diesem Befund kann man sich getrost anschließen, betrachtet man die Ergebnisse einer aktuellen AK Erhebung zur Entwicklung der Einkommen und einkommensbezogenen Abgaben. Denn die Zahlen, die die Experten von Statistik Austria und AK Tirol aufbereitet haben, zeigen deutlich, wie groß die Belastung für die Steuerzahler wirklich ist. Aufgrund der im Österreich-Vergleich schwächeren Einkommen ist die Situation gerade in Tirol extra belastend.

Dynamisch nach oben

Im Jahr 2014 betragen die in Österreich erzielten Bruttogehälter 174,6 Milliarden Euro. Die einbehaltenen Beiträge für Sozialversi-

cherung und Lohnsteuer beliefen sich auf 22,2 bzw. 26,7 Milliarden (siehe Tabelle oben). Verfolgt man die Entwicklung allerdings zurück bis in das Jahr 1996 wird schnell klar, dass sich die Kluft zwischen

„Von 1996 bis 2014 haben sich die Lohnsteuereinnahmen des Staates mehr als verdoppelt.“

Verdienst und Abgabenleistung dynamisch auseinanderentwickelt hat. Denn während in diesem Zeitraum die Bruttobezüge um 78 % gestiegen sind, stiegen die Sozialversicherungsbeiträge um 85 %. Die Lohnsteuereinnahmen des Staates

haben sich in diesen 18 Jahren mit einem Plus von 118 % sogar mehr als verdoppelt!

Doppelt belastet

Besonders problematisch ist diese Situation in Tirol: Die absoluten Zahlen belegen eindeutig die vielzitierte Einkommensschere zwischen unserem Bundesland und Rest-Österreich. Zwar entwickelten sich die Bruttobezüge pro Einkommensbezieher zwischen 1996 und 2014 ident (siehe Tabellen oben), Tirol weist jedoch im Jahr 2014 durchschnittlich ein um 2.200 Euro niedrigeres Bruttojahreseinkommen auf, als der durchschnittliche österreichische Einkommensbezieher. Ein Phänomen, das sich seit 1996 nicht geändert hat: Bereits damals betrug der Unterschied satte 1.519 Euro brutto!

Thema Sozialversicherung

Transparent. Im SV-Beitrag (siehe Tabellen li., Spalte „SV“) ist auch die AK Umlage von 0,5 % enthalten. Dieser Solidarbeitrag macht aber lediglich einen Bruchteil der Summe aus. Derzeit beläuft sich der AK Beitrag im Schnitt auf 6,99 Euro im Monat (bis zur Höchstbeitragsgrundlage maximal 14,99 Euro). So wurden im Jahr 2016 432 Millionen Euro an Solidarbeiträgen abgeführt, hingegen 532 Millionen Euro für die AK Mitglieder erkämpft. Dieses Geld fließt natürlich zur Gänze an die Arbeitnehmer.

TIROL/BEZIRKE

	Gesamt				pro Person		
	Bruttobezüge	SV	LSt.	Personen	Brutto	SV	LSt.
Innsbruck Land	3.554.918.692	471.669.604	535.085.713	128.620	27.639	3.667	4.160
Innsbruck Stadt	2.473.310.871	309.920.202	383.558.564	95.113	26.004	3.258	4.033
Kufstein	1.956.865.678	265.633.397	279.523.699	75.991	25.751	3.496	3.678
Reutte	596.315.929	78.661.938	84.090.895	23.608	25.259	3.332	3.562
Schwaz	1.542.375.259	210.113.693	209.309.345	62.118	24.830	3.382	3.370
Imst	1.053.189.893	145.376.840	140.055.344	43.240	24.357	3.362	3.239
Lienz	830.625.986	110.390.451	106.785.416	35.074	23.682	3.147	3.045
Kitzbühel	1.092.216.274	144.569.601	145.572.086	47.277	23.102	3.058	3.079
Landeck	783.847.198	108.874.078	102.401.721	34.718	22.578	3.136	2.950
Tirol	13.883.665.779	1.845.209.804	1.986.382.783	545.759	25.439	3.381	3.640
Österreich	174.566.337.889	22.212.237.338	26.693.507.334	6.315.625	27.640	3.517	4.227

Tirol ist nicht gleich Tirol. Ein Vergleich der Einkommen und einkommensbezogenen Abgaben der Tiroler Bezirke im Jahr 2014 (absteigend gereiht nach Bruttoeinkommen pro Bezieher) bestätigt das bekannte Stadt-Land-Gefälle. Außerdem zeigt sich, wie weit Tirols Bezirke beim durchschnittlichen Bruttoeinkommen im Vergleich zu Gesamtösterreich hinterherhinken: Mit einem Jahreseinkommen von 27.639 Euro brutto liegt der Bezirk Innsbruck Land tirolweit zwar vorne, österreichweit entspricht diese Einkommenshöhe jedoch so gut wie genau dem Durchschnitt. Mit lediglich 22.587 Euro brutto rangiert Landeck sogar österreichweit unter den einkommensschwächsten Bezirken.

BESCHÄFTIGTE UNTER DRUCK

Kalte Progression muss weg!

Ernüchternd. Die grafische Darstellung der Einkommen und einkommensbezogenen Abgaben für Österreich und Tirol (Graph. 1 + 2) zeigt den starken Anstieg von Lohnsteuer und Sozialversicherungsabgaben im Verhältnis zu Brutto- bzw. Nettobezügen. Besonders deutlich lässt sich auch das Phänomen der kalten Progression zeigen: Die relative Entwicklung des Preisniveaus gemessen am Verbraucherpreisindex (VPI, violette Linie) nimmt einen ähnlichen Verlauf wie jene des durchschnittlichen Nettoeinkommens pro Einkommensbezieher (orange Linie). Zwar führt die jährliche inflationsbedingte Einkommensanpas-

sung zu einem Anstieg der Bruttobezüge, dieser Einkommenseffekt verpufft jedoch gänzlich aufgrund der steigenden Lohnsteuerbelastung. Der reale Einkommensanstieg bleibt folglich aus. Hinzu kommt, dass die relative Entwicklung der Steuern auf Einkommen, Konsum und Verkehr im Vergleich zu jenen auf Kapitaleinkünfte von einer extrem ungleichen Entwicklung geprägt sind (Graph. 3): So sind die Lohnsteuerabgaben bis 2014 um 118 % gestiegen, konsum- und verkehrsbezogene Abgaben um 100 %. Gleichzeitig verzeichnen Steuern auf Kapitaleinkünfte ein bescheidenes Plus von gerade einmal 53 %.

Gra ein

greift: So schmilzt unser Lohn!

u Österreicher an den Fiskus abliefern müssen, steigen von Jahr zu Jahr. Eine aktuelle Auswertung der AK Tirol zeigt. Der Befund ist ernüchternd: So haben sich etwa die Lohnsteuereinnahmen des Staates seit 1996 mehr als verdoppelt.



Land der Unterschiede

Analyse. Kalte Progression als Lohnfresser, bescheidene Steuern auf Kapital, große Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern: Die Liste der Probleme ist lang, vor allem für Tirols Beschäftigte.

Die Belastungen für Österreichs Beschäftigte sind enorm: Da ist einerseits das Phänomen der kalten Progression, das jeden realen Einkommensanstieg zunichtemacht (siehe Grafiken 1 + 2 unten), andererseits ist die Steuerlast ungleich verteilt. So stiegen in den letzten Jahren Lohn- und verkehrsbezogene Steuern überproportional (+118 % bzw. +100 %), während etwa Steuern aus Kapitaleinkünften nur moderat stiegen (+53 %, siehe Grafik 3, unten). Hinzukommen teilweise eklatante Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen.

Einkommensschere

Sowohl in Tirol als auch in Gesamt-Österreich machten im Jahr 2014 Männer und Frauen jeweils knapp die Hälfte der Einkommensbezieher aus (50,2 % Männer, 49,8 % Frauen).

Gemessen an den Gesamtbruttobezügen werden die Einkommensunterschiede deutlich sichtbar: Während Frauen in Österreich im Jahr 2014 nur 38,6 % der Bruttobezüge erhielten, entfielen in Tirol im gleichen Beobachtungszeitraum sogar nur 36,6 % der gesamten Bruttobezüge auf Frauen.

Deutlich sichtbar ist der Unterschied beim Lohnsteueraufkommen. So wurden 2014 in Österreich 70,3 % der gesamten Lohnsteuerabgaben von Männern bezahlt – in Tirol waren es sogar 73,9 %.

Fügt man die Komponente der jeweiligen Steuerstufen hinzu, sind die Unterschiede sogar noch eklatanter: 2014 erreichten in Österreich 54.847 Menschen ein zu versteuerndes Einkommen von mehr als 90.000 Euro, 88 % von ihnen Männer. Anders sieht es am unteren Ende der Einkommenspyramide aus. Von den rund 2,1 Millionen Einkommens-

bezieher bis 11.000 Euro waren in Österreich im Jahr 2014 mit 35,6 % nur ein gutes Drittel Männer. In Tirol ist dieses Unverhältnis noch stärker ausgeprägt. 2014 erwirtschafteten 3.079 Menschen in Tirol ein Einkommen von mehr als 90.000 Euro, 92 % davon Männer. Bei den 201.710 Einkommensbezieher mit einem Jahreseinkommen von bis zu 11.000 Euro liegt der Männeranteil lediglich bei 34,3 %.

Teilzeitfälle

Mitverantwortlich für diese Diskrepanz ist auch der hohe Anteil an Frauen, die einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen. So lag in Tirol 2016 die Teilzeitquote bei den Männern bei lediglich 9 %, während fast 54 % der Frauen einer Teilzeitarbeit nachgingen. Und dieser ohnehin hohe Wert dürfte weiter steigen, trotz aller Warnungen (siehe auch Seite 4).

Anteil der Einkommensbezieher und des Sozialversicherungs- und Lohnsteueraufkommens nach Geschlecht in Tirol 2014

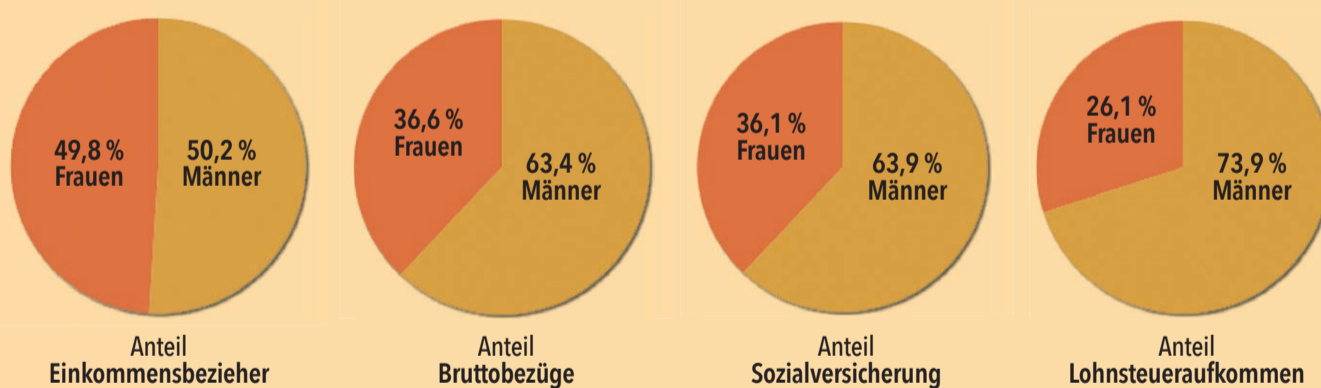
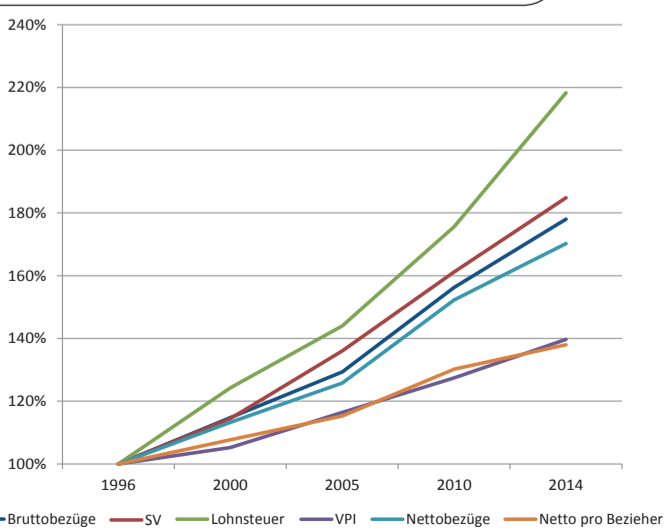
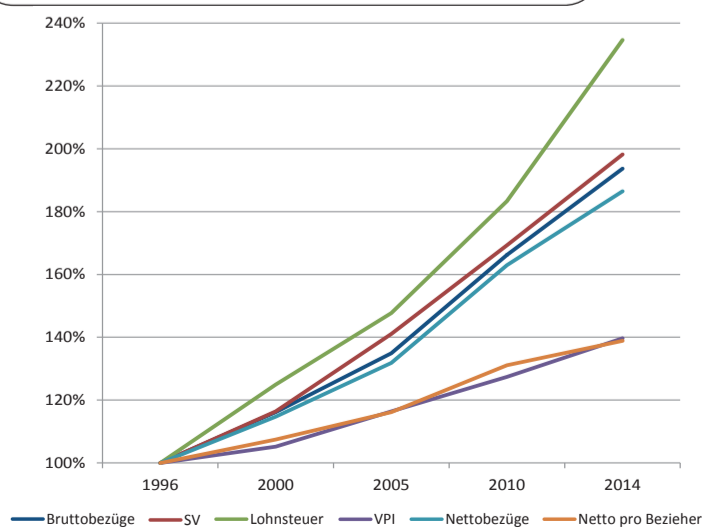


Foto: siraanamwong/Fotolia.com

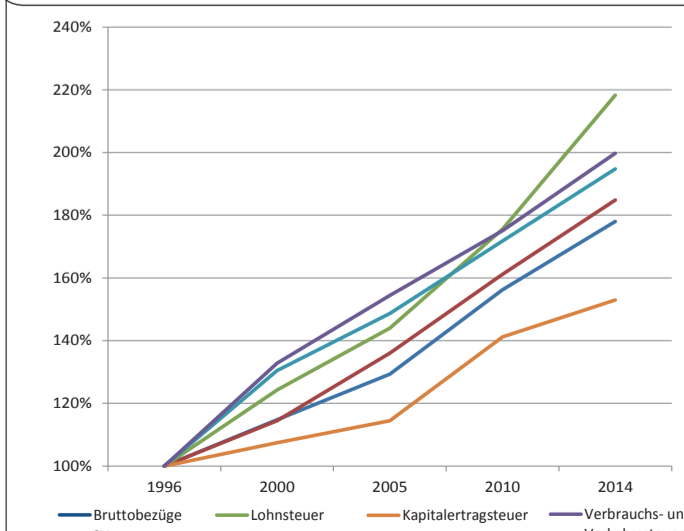
Graph 1: rel. Entwicklung der Einkommen und einkommensbezogenen Abgaben in Österreich



Graph 2: rel. Entwicklung der Einkommen und einkommensbezogenen Abgaben in Tirol



Graph 3: rel. Entwicklung der Einkommen, einkommensbezogenen Abgaben und sonstigen Steuern in Österreich





Heiße Sache. Vor allem in Saisonbranchen wie dem Tourismus ist es üblich, Mitarbeiter beim AMS zu „parken“: Eine teure Lösung für Mitarbeiter und Allgemeinheit.

AKUT AMS-PARKING

AK fordert Konsequenzen

Für viele Betriebe, vor allem in den Saisonbranchen Bauwirtschaft und Tourismus, sind kurzzeitige Kündigungen eine attraktive Strategie, Personalkosten zu optimieren und unternehmerische Risiken abzuwälzen. Weil diese Kündigungen aber Folgekosten verursachen, muss jemand am Ende die Zeche bezahlen: Das sind die Beschäftigten und jene Betriebe, die stabile Dienstverhältnisse bieten. Diese Situation ist unbefriedigend und ungerecht, speziell in Tirol, wo aufgrund der hohen Tourismusdichte die Praxis der zwischenzeitlichen Kündigung sehr häufig angewandt wird. Was könnte also getan werden, um das zu ändern? Die AK fordert in dieser Frage ein rasches Umdenken bei der Wirtschaftsförderung des Landes.

So sollen in erster Linie Betriebe unterstützt werden, die ganzjährig tätig sind bzw. Ganzjahresarbeitsplätze anbieten. Außerdem sollten Betriebe, die im überdurchschnittlichen Ausmaß das Zwischenparken beim AMS betreiben, bei den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung stärker in die Pflicht genommen werden, weil sie ja auch überdurchschnittlich viel Arbeitslosigkeit verursachen. Dadurch müssten die Unternehmen die tatsächlichen Kosten, welche die temporären Lay-Offs verursachen, in der Unternehmenskalkulation einpreisen. Dies würde Anreize schaffen, stabile Beschäftigungsverhältnisse zu bieten. Vor allem aber bliebe das Verursacherprinzip gewahrt: Derjenige, der Kosten verursacht, soll sie auch bezahlen. Es ist an der Zeit, die Lasten, die durch Kurzzeitkündigungen entstehen, gerecht zu verteilen!

**Wussten Sie, dass...
die AK Tirol für ihre
Mitglieder im Jahr 2016
über 9 Millionen Euro
allein im Arbeitsrecht
erkämpft hat?**

Kurzzeit-Stopp beim AMS

Saisonbedingte Kündigung. Das Risiko von Unternehmen ist es, dass einmal nichts los ist: keine Aufträge, keine Gäste. Trotzdem müssen Gehälter gezahlt werden. Einige reagieren mit zwischenzeitlichen Kündigungen von Beschäftigten: Zwischenparken beim AMS.

Wie eine aktuelle Untersuchung des österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituts Wifo zeigt, ist das Zwischenparken von Arbeitskräften beim Arbeitsmarktservice sehr verbreitet. 2016 wurde fast jeder zwanzigste Beschäftigte in Österreich zumindest einmal zwischenzeitlich gekündigt, um dann beim selben Arbeitgeber wieder eingestellt zu werden.

Fast 15 % der Betriebe in Österreich setzten Kurzzeitkündigungen ein. In einigen Branchen wird massiv davon Gebrauch gemacht: Fast die Hälfte der Kurzzeitkündigungen finden in Bauwirtschaft und Tourismus statt. Die Konsequenzen für die Betroffenen sind erheblich: Im Schnitt werden rund 60 Tage pro Jahr dadurch in der Arbeitslosigkeit

verbracht. Phasen, die für die Betroffenen Einkommensverluste mit sich bringen. Längerfristig verlieren die Arbeitnehmer durch die immer wiederkehrenden Phasen von Arbeitslosigkeit aber auch an Pensionsansprüchen. Die Folgen am Arbeitsmarkt sind deutlich spürbar: Im Jahr 2016 betrug die Arbeitslosenquote in Österreich 9,1 %.

Wären alle Personen, die vom Zwischenparken beim AMS betroffen waren, stattdessen in Beschäftigung geblieben, so hätte die Arbeitslosenrate nur 8,0 % betragen – ein mehr als spürbarer Unterschied!

Es sind aber nicht nur die Betroffenen, die „draufzahlen“, sondern auch die Allgemeinheit. Denn durch die zwischenzeitlichen Kün-

digungen werden der Öffentlichkeit Kosten auferlegt, die eigentlich unternehmerisches Risiko sind: nämlich auch in wirtschaftlich etwas dürreren Zeiten Personalaufwand zu haben. Durch die Kurzzeitkündigungen werden pro Jahr Kosten in der Höhe von etwa 450 Millionen Euro verursacht, eine Summe, die die Öffentlichkeit zu tragen hat. Und zwar für Arbeitslosengeld und Notstandshilfe für die Betroffenen. Hinzu kommen noch indirekte volkswirtschaftliche Kosten, wie etwa weniger Konsum durch das entgangene Einkommen und die später einmal niedrigere Pension. Darüber hinaus weisen die Betroffenen instabile Erwerbskarrieren auf und verfügen über geringere Löhne und Gehälter, selbst wenn sie beschäftigt sind.

Thema Kurzzeitkündigung

Wen treffen Kurzzeitkündigungen besonders häufig? In der Regel sind eher männliche Beschäftigte von Kurzzeitkündigungen betroffen. Überdurchschnittlich sind es Personen, die entweder über einen Pflichtschul- oder Lehrabschluss verfügen. Öfter

betroffen sind auch Personen mit türkischer Staatsbürgerschaft oder aus dem ehemaligen Jugoslawien. Das deshalb, weil viele Personen aus diesen Staaten in der heimischen Baubranche tätig sind, in der diese Praxis häufig angewandt wird.

Sozialabbau durch die Hintertür

Abgabenquote. „Der Staat verschlingt Geld und ist ineffizient. Die Abgabenquote muss runter!“ Statements dieser Art sorgen vor allem vor Wahlen für Gesprächsstoff. Was aber steckt wirklich hinter der ominösen Quote?

Die Abgabenquote drückt die Summe der Steuern und Abgaben an den Staat im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung aus. Nach Statistiken der OECD liegt die Abgabenquote in Österreich bei 43,5 %, in der Schweiz bei 27,9 %. Ist die Schweiz also so viel effizienter mit dem Geld der Bürger? Was sagt die Quote wirklich aus?

Das Brisante liegt wie so oft im Detail. Denn die Abgabenquote, wie sie von der OECD berechnet wird,

berücksichtigt nur direkte Zahlungen an den Sektor Staat. Indirekte Zahlungen werden aber nicht berücksichtigt.

Ein Beispiel: Österreich hat ein staatliches Pensionsversicherungssystem, das mit öffentlichen Geldern finanziert wird. Die dafür eingehobenen Sozialversicherungsbeiträge gehen an die öffentliche Hand und fließen damit in die Abgabenquote ein. Das Schweizer Pensionssystem ist im Gegensatz dazu viel stärker privat organisiert: Es gibt zwar eine

gesetzliche Versicherungspflicht, die Zahlungen gehen aber an private Träger. Die Folge: eine niedrigere Abgabenquote, weil die Gelder nicht an den Staat gehen. Gezahlt werden muss aber trotzdem!

Korrigiert man die Abgabenquote um solche Zahlungen, liegen Österreich und die Schweiz mit ihren tatsächlichen Abgabenquoten plötzlich sehr eng beieinander. Das lässt die Situation in Österreich in einem anderen Licht erscheinen.

Es ist also Vorsicht geboten, denn mit scheinbar objektiven Zahlen wird versucht, den Sozialabbau zu rechtfertigen!

Analyse: Privat vs. Staat?

In Österreich ist vieles öffentlich finanziert, das anderswo privat ist. Relativ hohen Abgaben steht auch ein hohes Niveau öffentlicher Leistungen gegenüber. Während in den USA die privaten Ausgaben für Gesundheitsleistungen 8,3 % der jährlichen Wirtschaftsleistung ausmachen (eine gewaltige Summe), betragen sie in Österreich nur 2,5 % – dank des öffentlichen Gesundheitssystems. Dahinter steckt eine Verteilungsfra-

ge: Denn private Krankenversicherung ist teuer und nur, wer viel Geld hat, kommt in den Genuss dieser Leistungen. Dasselbe gilt für die Bildung.

Die privaten Ausgaben der Amerikaner für Bildung und Schulen machen 3,9 % des Bruttoinlandsproduktes aus, in Österreich sind es aufgrund des guten öffentlichen Schulsystems nur 0,3 %. Ausbildungschancen in Österreich sind deshalb weniger vom Einkommen abhängig als in den USA.



AK TEST

Teurer Start ins Schulleben

Auch der diesjährige Preisvergleich von Schulartikeln zeigt enorme Spannen auf: So betrug etwa der Unterschied bei Heften bis zu 238 %, bei Blöcken sogar bis zu 285 %. Betrachtet man das klassische „Starterpaket“ mit 21 Schulartikeln zeigt sich, dass das Paket im günstigsten Geschäft bereits um 67,19 Euro zu haben ist, während es im teuersten Geschäft 308,53 Euro kostet. Die AK Konsumentenschützer raten deshalb, Preise und Qualität der Produkte genau zu vergleichen, wobei darauf zu achten ist, dass ein Nicht-Markenprodukt nicht schlechter sein muss als teure Markenware.

Erhoben wurde Ende Juli/Anfang August bei insgesamt 7 Handelsketten bzw. Fachhändlern. Weitere Details zum Test finden Sie auf ak-tirol.com



AK Tirol fördert Bildung

Wissen ist Zukunft. Die AK Tirol vergibt Beihilfen für Schüler, Lehrlinge, Studenten und für die Aus- und Weiterbildung. Nutzen Sie auch die vielen weiteren Angebote!



Der Start ins neue Schuljahr beschert den Eltern wieder lange Einkaufslisten. „Tatsächlich kommt die per Gesetz kostenlose Schule die Familien oft teuer zu stehen“, betont AK Präsident Erwin Zangerl und verweist auf die AK Schulkosten-Erhebung. Sie zeigt: Eltern mussten im Schnitt 730 Euro pro Kind und Jahr für Exkursionen, Ski- und Sprachkurse, Nachhilfe etc. zahlen, in der

AHS-Oberstufe durchschnittlich sogar 1.170 Euro. „Deshalb können sich viele Familien eine höhere Ausbildung der Kinder gar nicht leisten“, kritisiert Zangerl. Aber die AK zeigt solche Entwicklungen nicht nur auf, sie unterstützt ihre Mitglieder auch aktiv.

Bildungsbeihilfen. Wussten Sie, dass die AK Tirol jährlich rund 1,6 Millionen Euro als Bildungsbeihilfen vergibt?

- Zuschüsse sind möglich **für Schüler ab der 9. Schulstufe, Lehrlinge und Studenten.** Voraussetzung ist, dass bei Antragstellung zumindest ein Elternteil oder der Antragsteller selbst in Tirol AK Beitrag bezahlt. Es gelten Einkommensgrenzen sowie spezielle Regelungen bei Arbeitslosigkeit oder Pension. Anträge für eine AK Bildungsbeihilfe können von 1. September 2017 bis 31. August 2018 eingereicht werden.

- Unterstützungen von der AK gibt es auch für die **berufliche Aus- und Weiterbildung.** Hier gelten keine Einkommensgrenzen! Der Antrag ist binnen drei Monaten nach Ausstellen des Zeugnisses einzubringen. Anträge sind erhältlich in

der AK Tirol in Innsbruck, in den Bezirken sowie auf ak-tirol.com. Bei Fragen helfen die Experten unter 0800/22 55 22 – 1515.

1,1 Mio. für Nachhilfe. Doch die AK macht noch weitere Angebote möglich. So investierte sie seit 2008 1,1 Millionen Euro in ihre Nachhilfe-Kurse beim BFI, damit sie für alle Mitglieder leistbar sind. Zuletzt nutzten 361 Jugendliche die AK Sommerschule, viele belegten zwei Fächer. Dafür wurden tirolweit 85 Lerngruppen organisiert.

Außerdem bietet die AK **Workshops** an Schulen an, und die Lern-Mappen „My Future“ und „My Future plus“ wurden im letzten Schuljahr 15.845 Schülern für den **Berufsorientierungsunterricht** zur Verfügung gestellt.

Kindergarten-Gruppen und Schulklassen können sich zudem für spannende Projekte in der neuen **AK Werkstatt** in Innsbruck anmelden: Hier warten Workshops zu vielen Themen, auch zur Demokratie. Wertvolle Tipps erhalten AK Mitglieder außerdem bei den kostenlosen Infoabenden (siehe unten).

All das ist nur möglich durch den solidarischen Beitrag von durchschnittlich 6,99 und maximal 14,44 Euro. Mehr auf ak-tirol.com

FRISTEN BEACHTEN

Schulstarthilfe rasch beantragen

Familien mit knappem Einkommen sollten nicht vergessen, noch fristgerecht um die Schulstarthilfe des Landes Tirol anzusuchen. Achtung, die Anträge für das Schuljahr 2017/18 müssen bis spätestens 30. September 2017 eingereicht werden!

Die Schulstarthilfe des Landes gilt für Kinder im Pflichtschulalter zwischen 6 und 15 Jahren. Kürzlich wurden die Richtlinien angepasst: So wurde der jährliche Zuschuss gegenüber dem Vorjahr von 145,35 auf 150 Euro pro Kind angehoben, die Einkommensgrenzen wurden ebenfalls erhöht. Denken Sie daran, dass dem Antrag auch eine aktuelle Haushaltsbestätigung der jeweiligen Wohnsitzgemeinde beizulegen ist. Das Online-Formular sowie weitere Infos zu dieser Landesförderung gibts auf www.tirol.gv.at/schulstarthilfe. Die Auszahlung erfolgt im Herbst des laufenden Schuljahres.

KINDERGELD PLUS. Eltern mit niedrigem Einkommen, deren Kinder zwischen 2. September 2013 und 1. September 2015 geboren wurden, können bis 30. Juni 2018 das Kindergeld Plus beantragen. Damit sollen einkommensschwache Familien beim Betreuungsaufwand unterstützt werden.

Das Kindergeld Plus wird ebenfalls pro Kind und Jahr ausbezahlt. Die Höhe der Förderung hängt ab vom Haushaltseinkommen und beträgt zwischen 300 und 500 Euro. Mehr Infos und das Online-Formular finden Sie auf www.tirol.gv.at/kindergeldplus

BERATUNG

14 Jahre, was nun?

Was tun nach der achten Schulstufe? In einen Lehrberuf einsteigen oder eine weiterführende Schule besuchen und wenn ja, welche? Die Entscheidung ist gerade in diesem Alter schwierig. Die kostenlosen AK Infoabende „14 Jahre, was nun?“ bieten einen tollen Überblick und Tipps zur Berufswahl mit Experten: Am **Donnerstag, 21. September, um 19 Uhr** in der AK Tirol in Innsbruck und am **Donnerstag, 12. Oktober, um 19 Uhr** in der AK Imst. Anmelden unter 0800/22 55 22 und der jeweiligen Durchwahl oder per eMail. Innsbruck: DW 1515 oder bildung@ak-tirol.com und Imst: DW 3150 oder imst@ak-tirol.com

EXPERTENTIPPS

Besser lernen

Lernen ist für viele Menschen ein schwieriges Unterfangen. Beim kostenlosen AK Infoabend „Lernen leicht gemacht“ am **Mittwoch, 20. September, um 19.30 Uhr** im Hotel Maria Theresia in Hall, Reimmichlstraße 25, und am **Donnerstag, 21. September, um 19 Uhr** in der AK Imst, Rathausstraße 1, erfahren Schüler, Eltern, Studenten und Arbeitnehmer, wie es klappen kann. Dazu gibt es die besten Tipps nach den neuesten Erkenntnissen der Gehirnforschung. Anmelden unter 0800/22 55 22 und der jeweiligen DW oder per eMail. Hall: DW 3850 oder hall@ak-tirol.com und Imst: DW 3150 oder imst@ak-tirol.com

KARENZ, KINDERGELD UND CO.

informiert.eltern.werden



Mit einer Schwangerschaft beginnt ein neuer Lebensabschnitt und es ergeben sich viele Fragen. Antworten erhalten angehende Mütter und Väter beim kostenlosen AK Infoabend „*informiert.eltern.werden*“ am **Donnerstag, 21. September, ab 19 Uhr** in der AK Kufstein, Arkadenplatz 2. Expertinnen beleuchten in Kurzvorträgen verschiedenste Gesichtspunkte: Über „Schwangerschaftsbegleitung“ informiert Hebamme Verena Lechner BSc MSc. Danach erläutert Dr. Martina Agreiter (AK Tirol) „*Das Recht der Eltern am Arbeitsplatz*“ und referiert zu „*Kinderbetreuungsgeld NEU und Finanzielles rund um Schwangerschaft und Geburt*“. Anmeldung unter 0800/22 55 22 – 3350 oder kufstein@ak-tirol.com

VORTRAG

Alte Hausmittel

Beschwerden wie Kopfweg, Schlafstörungen, Husten und Heiserkeit auf natürlichem Wege bekämpfen: Beim kostenlosen AK Infoabend „*Gesund mit alten Hausmitteln*“ am **Do. 12. Oktober ab 19 Uhr** in der AK Tirol in Innsbruck erfahren Sie, wie beinahe vergessene, doch bewährte alte Hausmittel helfen, das natürliche Gesundheitsbewusstsein zu fördern und die Selbstheilungskräfte des eigenen Körpers stärken. Entdecken Sie mit DGKS und Kräuterfachberaterin Brigitte Staffner die Vielfalt an sanften Heilkräutern der Natur. Gleich anmelden unter 0800/22 55 22 – 1645 oder per eMail an gup@ak-tirol.com

ANALYSE

Völlige Schieflage beim Einkommen

Die ohnehin großen Unterschiede bei den Einkommen von Männern und Frauen werden durch die Kinderauszeit zusätzlich verschärft. Die AK Studie weist nach, dass Frauen nach der Kinderauszeit im Vergleich zur Situation davor mit sichtbar niedrigeren Monatslöhnen zurechtkommen müssen, als Männer. Im Vergleich zum gesamten Bundesgebiet finden sich gerade in Tirol verstärkte Einkommensunterschiede. Diese bestehen bereits vor der Kinderauszeit, wenn sie auch nicht so markant sind, wie nach Rückkehr in die Erwerbstätigkeit. So verfügen rund 51 % der Tirolerinnen vor der Babypause über einen Monatslohn von 2.000 Euro brutto (Zahlen für 2007), bei Tirolern sind es 68 %. In den ersten zwei bis drei Jahren nach der Kinderauszeit spielt vor allem der hohe Anteil an Frauen ohne Beschäftigung eine maßgebliche Rolle für die großen Gehaltsunterschiede. Im achten Jahr kann dies aber nicht mehr als Hauptgrund gelten. In diesem Zeitfenster können lediglich 18 % der Tirolerinnen, hingegen 64 % der Tiroler mit Kinderauszeit wieder auf ein Monateinkommen von 2.000 Euro brutto und mehr zurückgreifen. Diese Differenz bleibt auch nach dem achtjährigen Beobachtungszeitraum von 2006 – 2014 nicht nur bestehen, sondern verschiebt sich weiter zu Ungunsten der Frauen.



Foto: All King of people/Fotolia.com

Zu wenig Zeit fürs Baby

Kinderauszeit. Eine AK Studie zeigt: Die klassische Rollenverteilung bleibt, die Zahl der Väter, die länger beim Kind bleiben, sinkt.

Die gute Nachricht gleich vornweg: Die Beteiligung von Männern an der Kinderauszeit ist deutlich gestiegen. Dies zeigt eine Studie der AK zum Thema Wiedereinstieg nach der Babypause. Lag die Quote der Männerbeteiligung im Jahr 2006 bei lediglich 6 %, stieg sie bis 2014 auf rund 14 %. Trotz dieser positiven Entwicklung hinken Tirols Männer in puncto Kinderauszeit jedoch hinter dem österreichischen Bundesschnitt zurück und zwar um 4 %. Der positive Trend, dass mehr Männer in die Kinderauszeit wechseln, muss jedoch auch kritisch betrachtet werden. Denn was in erster Linie

steigt, sind Auszeiten bis zu maximal drei Monaten (2009: 1,2 %; 2014: 6,3 %). Die ohnehin niedrige Quote von Vätern, die eine Kinderauszeit über sechs Monate in Anspruch nehmen, sank hingegen von 1 % im Jahr 2006 auf 0,4 % im Jahr 2014. Damit scheint die klassische Rollenverteilung nach wie vor erhalten zu bleiben: Zwar nehmen Männer Erwerbsunterbrechungen zwecks Kinderbetreuung vermehrt in Anspruch, allerdings nur für eine zu kurze Bezugsdauer, als dass sich dahinter eine tatsächliche Teilhabe an der Kinderbetreuung vermuten lässt.

Einkommensschere. Wenig erfreulich vor diesem Hintergrund sind auch die Erwerbssituationen nach der Kinderauszeit, und zwar für beide Geschlechter: Denn nach der Kinderauszeit wird weniger verdient als ursprünglich. So können die wenigsten Frauen ab dem vierten Jahr nach Ende der Auszeit wieder annähernd an die Vorsituation anschließen (siehe li.). Männern gelingt das zwar früher, dennoch ist davon auszugehen, dass vor allem nach langer Kinderauszeit nicht generell derselbe Verdienst erreicht wird, wie zuvor.

Väter und Kinderauszeit. Nur ein geringer Teil der Tiroler nimmt längerfristige Kinderauszeiten in Anspruch.



AKTUELLE SEMINARE

Kostenlose Schnupperkurse

Im September zu den Themen Sprachen, IT, Technik sowie Wellness und Gesundheit. Weitere Infos unter www.bfi.tirol

Infoabend Grafik-Design, Fotografie und Video
am 11. September 2017

Aus- und Fortbildung für Trainer (Sprachen und Interkulturalität)
Start ab 15. September 2017

Matura am BFI Tirol - Tages- und Abendkurse
Start ab 25. September 2017

Einzelhandelskaufmann/-frau, Vorbereitung auf LAP
Start am 2. Oktober 2017

Elektrotechniker bzw. Mechatroniker Vorbereitung auf LAP
Start am 3. Oktober 2017

Ausbildung zum dipl. Gesundheits-/Fitnesstrainer
Start am 6. Oktober 2017

Sprachkurse in 21 Fremdsprachen
Start ab 6. Oktober 2017

www.bfi.tirol

AK FRAKTIONEN ZUM THEMA

FRAUEN UND WIEDEREINSTIEG

Erwin Zangerl, AK Präsident

Gleichstellung steigert unser aller Wohlstand

Liste Erwin Zangerl, AAB-FCG



Keine moderne Gesellschaft kann es sich leisten, in der Berufswelt auf die Ideen, die Energie und die Kreativität der Hälfte der Bevölkerung zu verzichten.

Umso wichtiger ist es, Probleme beim Wiedereinstieg zu verringern und möglichst zur Gänze zu beseitigen. Das ist ein wichtiger Schritt zur Gleichstellung von Frauen und Männern. Gleichstellung steigert den Wohlstand einer Gesellschaft insgesamt, nicht nur weil stärker erwerbstätige Frauen auch mehr zur Finanzierung des Gemeinwohls beitragen können.

Frauen sind heute besser gebildet als je zuvor. Gelingt der Wiedereinstieg nach einer Kinderpause besser, bleiben die Qualifikationen von Frauen auch erhalten. Andererseits bietet die Berufsunterbrechung eine Chance, mehr oder höhere Qualifikationen zu erlangen. Beides müsste im Sinne der Wirtschaft sein, denn gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen sind einer der wichtigsten Pfeiler für den Wirtschaftsstandort. Vor allem ist Gleichstellung aber notwendig für die Frauen selbst. Denn berufliche Gleichstellung bringt mehr Freiheit für Frauen, ihr Leben ohne finanzielle Abhängigkeit von einem Partner so zu gestalten, wie sie es wünschen.

Christian Hauser, Fraktionsvorsitzender

Berufs- & Privatleben müssen vereinbar sein

Sozialdemokratische GewerkschafterInnen, FSG



Frauen wollen nicht zweite Wahl auf dem Arbeitsmarkt sein. Und das völlig zu Recht! Trotzdem bedeutet der Wiedereinstieg nach der Babypause für weibliche Arbeitnehmerinnen eine große Herausforderung, massive Nachteile sind für viele an der Tagesordnung.

Die FSG fordert schon lange eine bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben. Viel hängt von den Rahmenbedingungen im familienpolitischen Bereich ab: die Möglichkeit der Berufstätigkeit mit einem eigenen Einkommen, soziale Absicherung und damit ein selbstbestimmtes Leben. Um das zu ermöglichen, muss ein flächendeckender Ausbau von ganztägigen und leistbaren Kinderbetreuungsangeboten und Ganztageschulen vorangetrieben werden – und das nicht nur in den Ballungsräumen, sondern auch im ländlichen Bereich. Nur so ist für Frauen eine existenzsichernde Vollzeitbeschäftigung möglich. In Zeiten, wo das Ausbildungsniveau sehr hoch ist, darf Berufstätigkeit und Familie kein Widerspruch sein! Hier muss auch ein Umdenken der Wirtschaft stattfinden. Schließlich profitiert auch sie von der Kaufkraft und der Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen.

Helmut Deutinger, Fraktionsvorsitzender

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Grüne in der AK



Frauen werden immer noch in vielen Bereichen des Arbeitslebens benachteiligt. Sie verdienen bei gleicher Leistung weniger als Männer, sind oft zur unfreiwilligen Teilzeitarbeit gezwungen

und müssen vergleichsweise viel mehr leisten, wollen sie Karriere machen. Vielfach haben sie auch noch die zusätzlichen Belastungen durch Familie und Haushalt zu tragen. Beim Wiedereinstieg der Babypause fehlen speziell am Land oft ganztägige Kinderbetreuungseinrichtungen, besonders auch für Schulkinder und in den Ferien. Arbeit in Teilzeit bedeutet oft nicht nur ein geringeres Einkommen, sondern es muss oft auch in der wenigeren Zeit mehr Leistung gebracht werden. Es braucht deshalb Änderungen in den Kollektivverträgen, wo z. B. die Bezahlung in Branchen mit hohem Frauenanteil besser werden muss, ein Recht auf Vollzeit- nach einer Teilzeitbeschäftigung und frauenspezifische Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote eingeführt werden müssen. Und die Politik muss wirksame gesetzliche Maßnahmen und Regelungen setzen, damit endlich für Frauen und Männer gilt: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“

Franz Ebster, Fraktionsobmann

Wiedereinstieg muss unterstützt werden

Freiheitliche Arbeitnehmer in der AK



Es gibt natürlich mehrere Gründe, warum Frauen ihren Beruf unterbrechen: Pflege in der Familie, Ortswechsel, meistens aber ist es der Wunsch, eine Familie zu gründen.

Nach der Unterbrechung ist der Wiedereinstieg jedoch beschwerlich. Stichwort Kinderbetreuung: Die Freiheitlichen Arbeitnehmer Tirol fordern hier Politiker auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene auf, Kinderbetreuung zu ermöglichen, die sich den Bedürfnissen der arbeitenden Frauen anpasst. In den Ferien Betreuungseinrichtungen zu schließen oder Öffnungszeiten zu reduzieren, ist sicherlich nicht der richtige Weg. Stichwort Altersarmut: Von ihr sind meistens Frauen betroffen. Hier haben auch Unternehmen eine Verantwortung gegenüber der Gesellschaft. Flexibilität wäre hier angesagt, aber bitte nicht jene Flexibilität, die sich so mancher Firmenchef in Bezug auf Arbeitszeiten vorstellt, sondern den Möglichkeiten der Frauen angepasst. Mit Vollzeitarbeit und monetärer Anrechnung von Erziehungszeiten kann gegen die Altersarmut angegangen werden. Denn berufliche Wiedereinsteigerinnen auf allen Ebenen zu unterstützen, ist ein Gebot der Stunde!

TERMINE ZUM VORMERKEN

AK INNSBRUCK

• **14 Jahre - was nun?**
Do. 21. September, 19 Uhr ▶ Seite 9

• **Gesund mit alten Hausmitteln**
Do. 12. Oktober, 19 Uhr ▶ Seite 9

AK IMST

• **Lernen leicht gemacht**
Do. 21. September, 19 Uhr ▶ Seite 9

• **14 Jahre - was nun?**
Do. 12. Oktober, 19 Uhr ▶ Seite 9

• **Patientenverfügung & Vorsorgevollmacht**
Do. 19. Oktober, 15 Uhr

AK KITZBÜHEL

• **Stark für den Alltag**
Di. 17. Oktober, 19 Uhr

AK KUFSTEIN

• **informiert. eltern. werden**
Do. 21. September, 19 Uhr ▶ Seite 9

• **Schenken oder vererben?**
Do. 19. Oktober, 19 Uhr

AK LANDECK

• **Schenken oder vererben?**
Di. 19. September, 19 Uhr ▶ Seite 11

• **Auszeit für Weiterbildung**
Di. 17. Oktober, 19 Uhr

AK LIENZ DZT. VOLKSHAUS

• **Fallen für Mieter und Vermieter**
Di. 26. September, 19 Uhr ▶ Seite 5

• **14 Jahre - was nun?**
Di. 17. Oktober, 19 Uhr

AK REUTTE

• **Vernissage „Vianova“**
Fr. 29. September, 19 Uhr

AK SCHWAZ

• **Schenken oder vererben?**
Do. 21. September, 19 Uhr ▶ Seite 11

• **14 Jahre - was nun?**
Do. 19. Oktober, 19 Uhr

AK TELFS

• **Macht Zucker süchtig & krank?**
Di. 26. September, 19.30 Uhr

HALL HOTEL MARIA THERESIA

• **Lernen leicht gemacht**
Mi. 20. September, 19.30 Uhr ▶ Seite 9



PARTNERSCHAFT

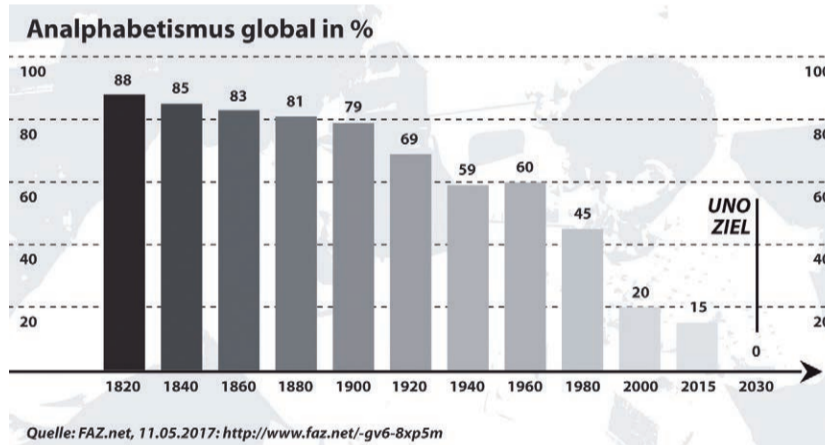
Gemeinsam für die Gesellschaft

Sie stehen für Schutz und Hilfe in Krisenzeiten und sind seit Mitte August auch offiziell „verpartnert“: das Militärkommando Tirol und die Arbeiterkammer Tirol. „Uns verbinden zahlreiche Grundhaltungen, wie der Einsatz für den Einzelnen und den Erhalt einer solidarischen Gesellschaft mit demokratischen Grundwerten. Auch die Arbeiterkammer musste in den Jahren 1934 und 1938 schmerzlich erfahren, was es heißt, Feindbild von autoritären Kräften zu sein. Deshalb dürfen wir niemals vergessen, wie wichtig eine solidarische Gemeinschaft ist, in der dem Einzelnen geholfen wird und seine Rechte geschützt sind“, so AK Präsident Erwin Zangerl, der im Beisein von Landeshauptmann Günther Platter gemeinsam mit Militärkommandant General Herbert Bauer die Partnerschaft besiegelte.

Zeichen der Hoffnung

Analyse. In einer neuen AZ-Serie wirft der Wirtschaftswissenschaftler Josef Nussbaumer einen Blick auf die hoffnungsvollen Seiten der Welt.

Lesen und schreiben zu können, gehört zu den wichtigsten menschlichen Fähigkeiten, ist aber immer noch nicht „globalisiert“. Vor knapp 200 Jahren waren rund neun Zehntel der Weltbevölkerung noch Analphabeten, heute sind es „nur“ mehr 15 Prozent. Zugegeben, das ist immer noch zu viel, denn die Möglichkeit, lesen und schreiben lernen zu können, sollte ein Grundrecht sein. Die UNO propagierte deshalb 2015/16 in ihren Zielen zur globalen Bildungsagenda, dass bis 2030 allen Mädchen und Jungen der Abschluss einer kostenlosen, chancengerechten und hochwertigen Primar- und Sekundarschulbildung ermöglicht werden sollte. Würde dies gelingen, wäre in der Folge auch der Analphabetismus passé, was zur Lösung weltweit anstehender Probleme unbedingt notwendig ist. Bil-



Bildung. Vor knapp 200 Jahren waren 90 % der Weltbevölkerung Analphabeten.

dung ist nämlich ein extrem wichtiger Schlüssel zur Bewältigung des Bevölkerungsproblems, zur Förderung einer Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit, zur Entwicklung einer nachhaltigen Lebensweise etc. Bildung alleine wird diese Probleme

nicht lösen, OHNE Bildung sind sie aber nicht einmal in Ansätzen in den Griff zu bekommen.

Dr. Josef Nussbaumer ist Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Innsbruck.

AK KONTAKTOFFENSIVE

Noch näher zu AK Mitgliedern

Die AK wurde auch 2016 regelrecht gestürmt, weil sie die gesellschaftspolitischen Erfordernisse erkennt und ihr Angebot für Mitglieder entsprechend anpasst und erweitert. Die AK geht dorthin, wo sie gebraucht wird. Das sind neben der Innsbrucker Zentrale die acht Bezirkskammern. Sie haben sich zu den wichtigsten regionalen Schutzhäusern entwickelt. Mit der AK Kontaktoffensive, die in den letzten Jahren regelmäßig durchgeführt und auch heuer weitergeführt wird, lernen tausende Mitglieder AK Funktionäre und AK Mitarbeiter persönlich kennen. Dabei handelt es sich um öffentlich zugängliche Arbeitnehmersitzungen auf größeren Plätzen in den Bezirken. Beim AK Mitgliederfest können Sie sich über das vielfältige Angebot der AK informieren, miteinander feiern und diskutieren.

TIPP. Das nächste AK Arbeitnehmerfest findet am Sa. 23. September von 10 bis 15 Uhr am Stiftsplatz in Hall in Tirol statt. Der Eintritt ist für AK Mitglieder und Angehörige frei!

FEHLER VERMEIDEN

Schenken oder vererben

Immer wieder sind Menschen verunsichert, wie sie für ihre Nachkommen am besten vorsorgen können, und fragen sich, was sich mit dem neuen Erbrecht seit 1. Jänner 2017 verändert hat. Experten klären auf beim kostenlosen Infoabend „Schenken oder vererben?“ am Dienstag, 19. September, um 19 Uhr in der AK Landeck, Malsersstraße 11, und am Donnerstag, 21. September, um 19 Uhr in der AK Schwaz, Münchner Straße 20. Von sachkundigen Notaren oder Rechtsanwälten erfahren Sie unter anderem Tipps zu Schenkung, Übergabe, Erbfolge, Testament, Grunderwerbsteuer und es wird erklärt, wie Sie teure Fehler vermeiden können und die optimale Lösung für Ihre individuellen Anliegen finden.

Gleich einen Platz sichern unter 0800/22 55 22 und DW 3450 für Landeck bzw. DW 3737 für Schwaz oder per eMail an landeck@ak-tirol.com bzw. schwaz@ak-tirol.com



IMPRESSUM

AK TIROLER ARBEITERZEITUNG - AK AKTUELL

Zeitung für Arbeit und Konsumentenschutz der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol

Medieninhaber und Herausgeber:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol, 6020 Innsbruck, Maximilianstraße 7

Redaktion: Dr. Elmar Schiffkorn,

Mag. Christine Mandl, Gertraud Walch,

Mag. Henrik Eder, Armin Muigg

Fotos: AK, www.fotolia.com

Druck: Intergraphik GmbH, 6020 Innsbruck,

Ing. Eitelstraße 30

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25 (2):

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol, 6020

Innsbruck, Maximilianstraße 7; Präsident: Erwin

Zangerl; Aufgabenstellung: Interessenvertretung

der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer; Die

Blattlinie entspricht jenen Grundsätzen, die im

Arbeiterkammergesetz 1992 BGBl. Nr. 626/1991

idgF festgehalten sind.

Die von der AK Tirol angebotenen Leistungen

kommen ausschließlich ihren Mitgliedern zugute.

Soweit personenbezogene Bezeichnungen nur

in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie

sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise.



Der Wettbewerb zum Thema Umwelt. Machen Sie mit!



UMWELTPREIS
PREMIO AMBIENTE
EUREGIO

Tirol · Südtirol/Alto Adige · Trentino

Bewerben können sich Privatpersonen und juristische Personen (Unternehmen, Gemeinden, Vereine, Institutionen, Schulen,...) mit Wohnsitz bzw. Rechtssitz in Tirol-Südtirol-Trentino.

Eingereicht werden können Verbesserungsvorschläge, Ideen, Projekte sowie allgemein bisherige Umweltaktivitäten und -maßnahmen.

Einsendeschluss ist Donnerstag, 12. Oktober 2017.

Preise im Gesamtwert von Euro 7.000.

Informationen: www.umweltpreis.at - Tel: +39 0471 28 90 87

Ein Gemeinschaftsprojekt der Abteilung Umweltschutz/Tirol, der Landesagentur für Umwelt/Südtirol, Agenzia provinciale per la protezione dell'ambiente/Trentino und der Transkom KG.

Mit freundlicher Unterstützung von







Auf die AK ist immer Verlass

Rat und Schutz. Arbeitnehmer haben einen starken Partner: Die AK hilft bei Problemen am Arbeitsplatz ebenso, wie bei Fragen zu Steuer-, Sozial- oder Mietrecht. Sie gewährt Rechtsschutz, fördert die Bildung.

FÜR JUNGE ELTERN

0800/22 55 22 – 1414 | 1616

Wenn ein Baby kommt, sind viele rechtliche Details zu beachten.

Ob Karenz, Kinderbetreuungsgeld, Zuverdienstgrenzen, Mutter- und Kündigungsschutz, Elternteilzeit, Papamonat oder Wiedereinstieg in den Beruf: Wenn ein Baby unterwegs ist, stellen sich den werdenden Eltern viele Fragen, die es zu erörtern und abzuklären gilt. Die AK Spezialisten vom Arbeits- und Sozialrecht bieten Ihnen eine umfangreiche kostenlose Beratung an – maßgeschneidert auf die jeweilige persönliche Situation.

MIETEN, WOHNEN

0800/22 55 22 – 1717

Von den Spezialisten gibt es optimale Beratung zu Miet- und Wohnrecht.

Egal, ob es um den Kauf der eigenen vier Wände oder um eine neue Mietwohnung geht: Auf dem Weg zum individuellen Wohnraum können viele Stolpersteine lauern. Gut zu wissen, dass die AK Juristen bei Problemen und Unklarheiten weiterhelfen – auch wenn Mietverträge bzw. Bauträger- und Wohnungseigentumsverträge zu überprüfen sind oder fachkundige Hilfe bei der Kontrolle von Betriebs- und Heizkostenabrechnung nötig ist.

BILDUNG

0800/22 55 22 – 1515

Die AK Bildungsprofis stehen Ihnen mit kompetentem Rat bei allen Fragen zur Seite.

Sie wollen sich beruflich aus- oder weiterbilden, wissen aber nicht, wie? Dann sind Sie bei den Experten der AK Tirol genau richtig. Ob Sie die Matura im 2. Bildungsweg nachholen möchten, Ihren Job wechseln oder den Wiedereinstieg ins Arbeitsleben planen – die Bildungsprofis der AK wissen, was zu beachten ist. Ebenso erhalten Sie Auskunft zu Umschulung, Bildungskarenz oder Höherqualifizierung: Ganz egal welches Problem – die Experten gehen auf jeden Einzelnen ein, beachten die speziellen Interessen und Fähigkeiten und helfen, Stärken zu erkennen.

STEUERN SPAREN

0800/22 55 22 – 1466

Bei den Steuerprofis sind die Arbeitnehmer bestens aufgehoben.

Viele Tiroler Arbeitnehmer verschenken Geld, weil sie ihre steuerlichen Möglichkeiten nicht kennen. Der Fiskus freut sich jedes Jahr über mehr als 100 verschenkte Millionen. Nützen Sie deshalb als AK Mitglied die kostenlosen Angebote zum Steuersparen. Die Spezialisten stehen für Fragen zur Verfügung. Sie helfen außerdem bei der Berechnung von Sozialversicherungsbeiträgen und Steuerbeträgen bei freien Dienst- und Werkverträgen.

INFOS ZUR PENSION

0800/22 55 22 – 1616

Nach einem arbeitsreichen Leben ist finanzielle Absicherung wichtig.

Keine Panik, wenn Sie kurz vor dem wohlverdienten Ruhestand stehen: Damit es nach dem Berufsleben keine bösen Überraschungen gibt, wenden Sie sich am besten an die AK Fachleute. Sie beraten zu Alters-, Witwen- sowie zur Berufsunfähigkeits- bzw. Invaliditätspension, informieren über Wissenswertes zu Versicherungszeiten, die Ausgleichszulage und vieles mehr. Und sie kümmern sich auch um abgelehnte Pensionsanträge.

ÄRGER IM URLAUB

0800/22 55 22 – 1818

Ob Flugverspätung oder verlorenes Gepäck. Die AK kümmert sich darum.

Egal ob es um Reismängel und Reklamationen geht, Verspätungen beim Flug oder Probleme im Urlaub wie Krankheit oder Unfall: Die Experten der Arbeiterkammer stehen für alle Fragen bei Urlaub und Reise zur Verfügung und helfen schnell und kompetent. Gleichzeitig geben sie wertvolle Tipps, was vor Antritt einer Reise zu beachten ist, etwa in Bezug auf die Reisekasse, beim Mieten von Autos, dem Telefonieren bzw. Internetsurfen im Ausland oder beim Thema Versicherungen.

PROBLEME IM JOB

0800/22 55 22 – 1414

Der Arbeitsdruck steigt, die beruflichen Probleme nehmen zu. Die AK hilft.

Ungerechtigkeiten am Arbeitsplatz passieren jeden Tag: Zu wenig Lohn, unbezahlte Überstunden, Kündigung oder Entlassung. Dann helfen die Arbeitsrechtsexperten der Arbeiterkammer in Innsbruck oder direkt in Ihrem Bezirk weiter. Sie sind im Ernstfall für Sie da, notfalls auch vor Gericht. Viele Millionen Euro konnten bereits erkämpft werden. Hier finden Sie auch Rat bei allen Fragen rund um Arbeitsvertrag, Arbeitszeit, Urlaubsrecht etc.

IN NOT GERATEN

0800/22 55 22 – 1111

Der Unterstützungsfonds der Arbeiterkammer Tirol macht rasche Hilfe möglich.

Ein plötzlicher Schicksalsschlag kann jeden treffen: Wenn AK Mitglieder und deren Angehörige unverschuldet in Not geraten, hilft die Arbeiterkammer Tirol mit dem Unterstützungsfonds. Unter Berücksichtigung der Familien-, Einkommens- und Vermögensverhältnisse kann einmalig ein finanzieller Zuschuss gewährt werden. Dazu braucht es nur einen formlosen schriftlichen Antrag und Kopien der Unterlagen.



7 Euro pro Monat

Pro AK Mitglied erhält die AK aus den Sozialversicherungsbeiträgen im Schnitt 6,99 Euro monatlich. Durch diesen solidarischen Beitrag haben alle Beschäftigten eine starke Standesvertretung, die jedem Einzelnen Schutz und Hilfe bietet. Keinen Beitrag bezahlen Lehrlinge, geringfügig Beschäftigte, Arbeitsuchende, Karenzierte und Präsenz- bzw. Zivildienstler. Für jeden Euro AK Beitrag erhalten die Mitglieder Leistungen in dreifacher Höhe zurück. Die AK Tirol genießt das höchste Vertrauen und die größte Kompetenz in der Bevölkerung. 92 von 100 AK Mitgliedern sind mit ihrer Standesvertretung „sehr zufrieden“ bzw. „zufrieden“.

HILFE FÜR KONSUMENTEN

0800/22 55 22 – 1818

Unterstützung bei Problemen im Alltag wird immer wichtiger.

Abzocke im Internet, lästige Werbeanrufe, Fragen zu Garantie und Gewährleistung, horrendes Handy-Rechnungen oder verpatzte Urlaubsreisen: Die AK Konsumentenschützer sind für die Mitglieder die erste Anlaufstelle, wenn es um Rat und Hilfe bei Problemen im Alltagsleben geht. Und mit den kostenlosen Ausgaben des Magazins „Konsument“ sowie der „Tiroler Arbeiterzeitung“ sind Sie monatlich zusätzlich bestens informiert.

SO ERREICHEN SIE UNS

0800/22 55 22

Zögern Sie nicht und kommen Sie mit Ihren Anliegen und Problemen zu uns.

In der AK in Innsbruck oder in den Bezirkskammern erhalten Sie rasche Hilfe. Die Experten stehen Ihnen Mo. bis Fr. von 8 bis 12 Uhr, Mo. von 14 bis 16 Uhr und Mi. von 13 bis 17 Uhr zur Verfügung. Telefonische Beratung erhalten Sie Mo. bis Do. von 8 bis 12 Uhr und von 14 bis 16 Uhr, am Fr. von 8 bis 12 Uhr sowie von 12.30 bis 16 Uhr (nur Hotline Arbeitsrecht DW 1414). Die Beratung ist für AK Mitglieder kostenlos!